

Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Herausgegeben vom Vorstandsvorstande.

Erscheint alle 14 Tage.

Für Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Müffelstraße 15) und bei der Post, Postzeitungspreisliste Nr. 1944 a, 65 Pfg. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einsendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur F. Wieber, Duisburg, Erstr. 52. Inserate, Neubestellungen, Adressenänderungen und Beschwerden in der Zustellung sind an die Expedition zu richten. Insertionspreis im Voraus zahlbar, für die 4gespaltene Zeile 30 Pfg.

5. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 13. August 1904.

Nr. 17.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Einladung zur dritten Generalversammlung des christlich-socialen Metallarbeiterverbandes am 4. 5. 6. Septemb. zu Offenbach a. Main.

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung. Prüfung der Mandate.
2. Bericht des Vorstandes, Rechnungsablage und Berichterstattung der Revisoren.
3. Bericht der Delegierten der einzelnen Bezirke.
4. Ersatzwahl des ausscheidenden Vorstandes und Ehrenratsmitglieder, resp. Ausschusses.
5. Resrat über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie.
6. Agitation.
7. Beratung der gestellten Anträge.
8. Verschiedenes.

Die Generalversammlung findet statt im Gasthaus „Zum Schwanen“, Frankfurterstraße und beginnt dieselbe am Sonntag, den 4. September, abends 5 Uhr. — Die Delegierten wenden sich wegen Logies usw. an das Lokalkomitee Kollegen Georg Scherer, Herustrasse, Schützenhof in Offenbach.

Reisekosten und Diäten der Delegierten werden auf der Generalversammlung zur Auszahlung gelangen.

Sollten Delegierte bezüglich Fahrkosten eine Vorlage nötig haben, dann mögen sich dieselben mindestens 8 Tage vorher an den Vorstandsvorsitzenden wenden.

Wieber,
Verbandsvorsitzender.

5. Kongress der christl. Gewerkschaften Deutschlands II.

Am Nachmittag des ersten Tages referierte Arbeitersekretär Becker-Hagen über:

Die Arbeitslosenunterstützung.

Redner erinnert erleitend daran, daß die Arbeitslosigkeit ein drohendes Gespenst sei, welches alle industriellen Kulturländer heimjuche. Auch in Deutschland habe dieselbe in bedenklichem Umfange zugenommen. — Dies zeigen uns schon die beiden Reichsarbeitslosenzählungen vom 14. Juni und 2. Dezember 1895. Am 14. Juni 1895 waren von insgesamt 16 146 671 Arbeitnehmern 179 004 gleich 1,11 Prozent, und am 2. Dezember desselben Jahres 533 640 gleich 3,40 Prozent arbeitslos. Wenn auch diese beiden Zählungen unvollkommen sind, so geben sie uns doch annähernd ein Bild von der Arbeitslosigkeit jener Zeit. Und dabei war das Jahr 1905 noch ein verhältnismäßig befriedigendes Wirtschaftsjahr.

Leider sind die Arbeitslosenzählungen des Reiches im Laufe der Jahre nicht wiederholt worden. So sind wir denn nach 1895 nur auf die Erhebungen angewiesen, die gelegentlich von kommunaler und privater Seite veranstaltet worden sind, sowie auf die Berichterstattung der Arbeitsnachweise und Krankenkassen. Mitte Januar 1903 wurde z. B. in Magdeburg eine Arbeitslosenzählung veranstaltet, die 338 Arbeitslose feststellte gegen 12541 im Vorjahr. Eine Arbeitslosenzählung in Frankfurt a. M. am 1. Februar desselben Jahres ergab 3234 Arbeitslose.

In Karlsruhe wurden im Januar 1903 427 Arbeitslose gezählt, in Gera 668, in Brandenburg 688 und in Gotha 237. Im Februar 1903 wurden in Braunschweig 1288, im Februar 1902 in Berlin gegen 20 000 Arbeitslose ermittelt. Die letzte Krise setzte bekanntlich im Jahre 1901 heftig ein. Die Berichtserstattung der Arbeitsnachweise ergab im Juli 1901 auf 100 Stellenangebote 160,9, im Juli 1900 dagegen nur 122,2 Arbeitsuchende. Im November 1901 kamen gar auf 1 offene Stelle 2,4 Arbeitsuchende. Ein ähnliches Bild boten die Krankenkassen, denn nach ihrer Statistik betrug der Rückgang der beschäftigten Arbeiter im Januar 1905 1,5 Prozent, während im gleichen Zeitraum d. s. Vorjahres eine Zunahme von 2,7 Proz. festgestellt wurde. Die Arbeitslosenzählungen in deutschen Städten im Januar und Februar d. s. J. s. zeigen uns ebenfalls ein recht trübes Bild. In Magdeburg wurden am 24. Januar 1783, in Hannover am 22. Februar 1089 gänzlich arbeitslose Personen gezählt.

Wenn auch alle diese Zahlen mangelhaft sind, so genügen sie doch vollkommen, um zu beweisen, daß die Arbeitslosigkeit nachgerade zu einer Katastrophe ausgewachsen, und daß es Pflicht ist, hier Abhilfe zu schaffen.

Das Ziel müsse sein, die Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern, und es sei Aufgabe des Reiches und der gesetzgebenden Körperschaften, nach dieser Richtung Mittel und Wege zu suchen.

Redner geht dann die verschiedenen Probleme, wie sie von Sozialpolitikern gemacht wurden, durch und kommt zu dem Schluß, daß keines von den Mitteln für uns acceptabel sei und plaidiert für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, durch die Gewerkschaften, wie es der christliche Metallarbeiterverband schon eingeführt habe.

In der sehr ausgedehnten Diskussion hierzu spricht zunächst:

Giesberts-M. Gladbach erörtert die verschiedenen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Diese entspringe durch Arbeitswechsel, sowie dadurch, daß ein Arbeiter minder begehrt ist, weil seine Arbeitskraft geschwächt und auch durch gewerkschaftliche Tätigkeit. Für die Folgen dieser Arbeitslosigkeit einzutreten — was bezüglich des letzten Punktes ja auch bereits durchweg geschehe — sei Pflicht der Gewerkschaften. Diese können hier ungemein viel, sowohl zur Binderung der Not, wie auch zur Verbesserung des Arbeitsmarktes beitragen. Als weitere, tiefer greifende Ursache komme die Arbeitslosigkeit in Folge von Saisonarbeiten in Betracht und infolge von Wirtschaftskrisen. Für letztere müsse die Unterstützung auf andere Art beschafft werden. Ob der Staat aber der Träger sein müsse, sei ihm noch zweifelhaft, weil der Staat die ihm übertragene Gewalt zum Nachteil der Arbeiter mißbrauchen kann. Redner fordert die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften.

Wieber-Duisburg. Der christliche Metallarbeiterverband hat die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, dessen Erfahrungen seien noch sehr gering, aber es lägen von anderer Seite Erfahrungen vor, die man etwa als Unterlage für die Berechnungen bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung nehmen könne. Redner gibt eine statistische Uebersicht und kommt zu dem Schluß, daß mit 2 1/2 % Arbeitslosen in den Gewerkschaften bei normalen Verhältnissen gerechnet werden müßte. Bei den jetzt allgemein üblichen Sätzen würden 10 Pfg. Wochenbeitrag mehr genügen, um die Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. Es empfiehlt sich, den Beitrag nicht zu niedrig zu stellen da die Ansprüche in

dem Maße steigen, als die Fluktuation in den Verbänden zurückgehe und immer mehr Mitglieder bezugsberechtigt würden. Im Durchschnitt werde heute als Unterstützung 26 Mk. für jeden einzelnen Fall seitens der Gewerkschaft zu zahlen sein. Der Reichsarbeitslosenunterstützung steht Redner skeptisch gegenüber. Unter allen Umständen müßten die Gewerkschaften vorarbeiten durch praktische Einführung derselben.

Schlaß-Abn. (Metallarbeiterverb.) Die Frage der Verhütung der Arbeitslosigkeit und die Abwehr der Folgen derselben sei gewiß eine schwierige Frage. Um so mehr müßten sich aber die Regierung und das Parlament mit der Frage befassen. An die baldige Durchführung einer Reichsarbeitslosenversicherung glaubt Redner nicht. Andererseits könne bei der fortschreitenden Demokratisierung des Staatslebens gehofft werden, daß die ausgesprochenen Befürchtungen nicht in so hohem Maße eintreten würden. Die Arbeiterschaft müsse dahin streben, mehr Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften zu gewinnen. Als zunächstliegende Aufgabe bezeichne Redner 1. periodische Arbeitslosenzählungen durch das Reich, 2. Regelung des Arbeitsnachweiswesens. Letzteres sei besonders dringend. Dann aber sollen die christlichen Gewerkschaften unverzüglich zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung schreiten.

Hef-Strum (Metallarb.-Verb.) möchte die Reichsarbeitslosenversicherung nicht so weit von der Hand weisen. Zu den Beiträgen müssen Arbeiter, Arbeitgeber und der Staat herangezogen werden und dementsprechend der Anteil an der Verwaltung geregelt werden. Man soll die ganze Sache nicht auf die lange Bank schieben. Besonders müßte schon jetzt die Ursache der Arbeitslosigkeit möglichst beseitigt werden. Es sei Unverstand, daß in der Industrie zeitweilig Hals über Kopf, Sonntags und des nachts gearbeitet werde, um eilige Aufträge zu erledigen, und nächstens wieder eine Anzahl Arbeiter zu entlassen. Kommt dann wieder ein Auftrag, so werden mit marktschreierischer Reklame wieder neue Arbeiter gesucht. Ein großer Teil dieser Arbeiter werde also für eine Zeit über Gebühr angestrengt, um dann wieder arbeitslos zu werden. Diesem Uebelstand müßte durch Regelung der Arbeitszeit und des Ueberstundenwesens gesteuert werden.

Dickmann-St. Tönis: Die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Vorbeugung der Arbeitslosigkeit sei unerlässlich; ebenso die Regelung und Einschränkung des Ueberstundenwesens. Am Niederrhein geht man oft so weit, an Feiertagen arbeiten zu lassen, selbst wenn die Arbeitsordnung dies ausdrücklich ausschließt. Weiter sei vor allem eine Erhöhung der Löhne notwendig — speziell in der Textilindustrie — damit die Arbeiter in der Lage seien, hohe Beiträge zu zahlen. So lange die Textilindustrie so geringe Löhne zahle, seien die Textilarbeiter kaum in der Lage, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Pesch-Krefeld ist entschieden Gegner der Reichsarbeitslosenversicherung. Den Gewerkschaften würde dadurch ein wichtiger Zweig des Unterstützungswesens entzogen und zudem habe er nicht das Vertrauen, daß eine Reichsarbeitslosenversicherung loyal durchgeführt wird. Giesberts habe davon gesprochen, daß man dem technischen Fortschritt auch wenn vorübergehend Arbeitslosigkeit erzeugt werde, nicht feindlich gegenüberstehen soll. Wenn aber der technische Fortschritt darin bestehe, daß er die Ausbeutung der Arbeitskraft in höchster Potenz zum Ziele habe, dann könne man das nicht mehr Fortschritt nennen. Auch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters habe eine Grenze.

Die niederrheinischen Weber seien nicht Gegner des technischen Fortschritts; aber es sei ein bitteres Unrecht, von Arbeitern zu verlangen, die Einführung einer technischen Neuerung mit einer Periode der Arbeitslosigkeit, des Glucks und der Not zu ermöglichen. Der technische Fortschritt müsse dem Arbeiter wie dem Unternehmer zu gute kommen. — Bei der Reichsarbeitslosenversicherung seien die Schwierigkeiten wohl ins Auge zu fassen. Eine derselben sei der Mißbrauch, der damit getrieben werden könnte. Es gibt auch Elemente, welche lieber für eine geringe Unterstützung faulenzten, als ehrlich arbeiten. Der fleißige, reelle Arbeiter werde sich aber bedanken, für solche Elemente, auch wenn sie nur ausnahmsweise vorkommen, Beiträge zu leisten. Deshalb soll man vorläufig in den Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen.

Braun-München. (nichtgewerblich Arbeiter): Wir werden versuchen, die Arbeitslosenunterstützung vorläufig fakultativ einzuführen. Es ist dies besonders schwierig wegen der Verschiedenartigkeit der Beschäftigungen der Mitglieder und häufigen Berufswechsel. In München habe man versucht, die kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Genfer-System einzuführen. Dasselbe besteht darin, daß die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Organisationen von der Stadt subventioniert würden, während für die Nichtorganisierten ein gewisser Sparzwang eingeführt werde.

Wiederberg-Berlin. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit stets eine Verminderung der Produktion und damit der Arbeitslosigkeit zur Folge habe. Die Erfahrung lehre, daß mit verkürzter Arbeitszeit und erhöhtem Lohn auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steige. Diese Erfahrung habe man z. B. im Berliner Maurergewerbe gemacht, wo bei 9stündiger Arbeitszeit mehr geleistet werde als früher bei 11 bis 12stündiger. Die Vermauerung von 1000 Mauersteinen stellte sich 1873 bei 45—50 Pfg. Stundenlohn teurer, als jetzt bei 70 Pfg. und 9stündiger Arbeitszeit. Die Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften müßte mehr vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit betrachtet werden, z. B. werden durch dieselbe die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt bewahrt sein, Kollegen zu unterbieten, weil die Arbeitslosenunterstützung sie in den Stand setze, bessere Chancen abzuwarten. Eine andere Frage sei, ob man die Gewerkschaften nicht als Versicherungsverein ansehen werde und die Vorschriften für Privatversicherung auf sie anwenden würde. Einzelne Privatbeamtenvereine hatten bereits diesbezügliche Aufforderungen erhalten.

Gebhardt-Köln: Die Erfahrungen bei den Krankenkassen in Köln und Leipzig, wo die Regierung das Selbstverwaltungsrecht illusorisch gemacht habe, ermutigte nicht zur Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung. Die Frage sei noch zu ungeklärt, sie kann erst fester ins Auge gefaßt werden, wenn mehr Erfahrungen vorliegen. Inzwischen sei die Beseitigung der Ursachen mehr zu verfolgen durch Regelung der Arbeitszeit, Beschränkung der Frauenarbeit und vor allem Zuwanderung ausländischer Arbeiter. Das nächste Ziel sei weiter die einseitige Regelung des Arbeitsnachweiswesens, eventuell Einführung kommunaler Arbeitslosenversicherungen und der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften.

Kurtzschoid-Köln. (Holzarbeiter.) Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in der Regel die Arbeitslosigkeit nur dann einschränken können, wenn sie soweit verkürzt ist, daß nicht mehr durch Mehrleistung wett gemacht werden kann. Weiter wird verkürzte Arbeitszeit ein Mehrbedarf an Arbeitskräften erfordern, überall da, wo nicht das geleistete Arbeitsquantum, sondern die Zeitdauer der Maschinennutzung, im Verkehrsgewerbe u. Kurze Arbeitszeit und gute Löhne werden andererseits die Kaufkraft des Arbeiters stärken und dadurch die Produktion günstig beeinflussen. Vorderhand ist das Hauptgewicht auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu legen. Als Unterlage können die Erfahrungen anderer Organisationen dienen. Neben gibt Auskunft über das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf und Jahr in den freien Gewerkschaften, ferner, wie viel an Unterstützung auf jeden Fall von Arbeitslosigkeit fällt und wie hoch die Unterstützung pro Tag bemessen ist. Nicht zu vergessen sei aber die Regelung des Arbeitsnachweises.

Wernerus-Machen ist der Ansicht, daß der Schwerpunkt mehr auf die gewerkschaftliche, als auf

die Reichsarbeitslosenversicherung zu legen sei. Vorbeugende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit seien aber unbedingt erforderlich. Letztere wurde mitgefördert durch die Heimarbeit. Die Fabrikanten lassen Arbeiten, welche sich sonst nicht lohnen, in der Heimindustrie herstellen. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen geben sich außerdem noch dazu her, neben ihrer Fabrikarbeit Heimarbeit zu billigen Löhnen zu verrichten. — Bezüglich der Arbeitszeitverkürzung sei er der Ansicht, daß schon jetzt die Kräfte der Arbeiter übergenug angestrengt seien. Daß die Arbeitslosen die Krankenkassen so sehr belasteten, sei auch wohl nur zum Teil richtig. Ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, tut dies nicht. Die Gewerkschaften sollten in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung dem Metallarbeiterverband bald folgen und nicht ohne weiteres diesen wichtigen Zweig sozialer Fürsorge dem Staat überlassen.

Alst-Altendorf (Metallarbeiter-Verb.): Die Reichsarbeitslosenversicherung sei ein schönes Ideal, daß wohl nicht so schnell erreicht werde. Inzwischen soll man das praktisch Notwendige und Mögliche in Angriff nehmen: die Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften. Dann muß dem Ueberstundenwesen in den Betrieben entgegengetreten werden. Im Essener Revier kam es vor, daß Arbeiter pro Woche 35 Ueberstunden machten. In einem Zusatz zur Resolution muß ausgesprochen werden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter Festsetzung der Höchstgrenze der wöchentlichen Arbeitsstunden angestrebt werden müsse.

Der Referent wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Gewerkschaften in vollem Umfange die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen können, weil sie nur einen Teil der Arbeiter umfassen. Es sei ganz selbstverständlich, daß bei der Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung die Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisation nicht gehemmt werden dürften. Ebenso müsse die Verwaltung ausschließlich den Arbeitern vorbehalten bleiben, dann würde die Erscheinung wie bei den Krankenkassen nicht zu befürchten sein. Durch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung werde die Reichsarbeitslosenversicherung nicht überflüssig; die Unterstützungssätze würden wahrscheinlich so niedrig sein, daß eine Ergänzung durch die Gewerkschaften plausibel müsse, genau so wie bei den Krankengeldzuschüssen.

Eine volle Einstimmigkeit bezüglich der Reichsarbeitslosenunterstützung wurde nichts erreicht, dagegen stimmte der Kongreß einmütig einer Resolution zu betr. Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Generalversammlung Hamburg II.

Nach der Parade die Kritik. So muß ganz besonders nach der Parade der „Anträge zur Generalversammlung“ die Kritik einsetzen, um so die einzelnen „Paradestücke“ nach ihrer Haltung, ihren Zielen abschätzen und beurteilen zu können. Dabei, also bei dieser Kritik, halten wir uns vor Augen, nicht dem Einen oder dem Andern eins auszuwischen zu wollen, sondern bloß, und dies soll auch der Zweck dieser Zeilen sein, „das Interesse unseres Verbandes.“

Nehmen wir also die gutgemeinten Anträge, den Beitrag auf wöchentlich 40 Pfg. zu erhöhen und stellen die Frage: wird das Interesse des Verbandes durch diese Erhöhung wahrgenommen? Die Antragsteller und viele antworten unzweifelhaft: Ja! — Nun aber die Verhältnisse wie sie in unserem Verband wirklich sind und dann das Resultat.

Einige größere Gruppen haben sich uns erst angeschlossen; z. B.: Siegerländer Verband, Zink- und Uhrenindustriearbeiter, die Gmünder Metallarbeiter.

Die Uhrenarbeiter haben den Sprung von 10 Pfennig auf 30 Pfennig gemacht und tatsächlich ist trotz dem Riesensprung kaum ein Mitglied abgesprungen. (Bravo den wackeren Kollegen.) Die Gmünder Metallarbeiter beschloßen aber, den Beitrag auf 20 Pfg. und ihn nicht vor 1906 auf 30 Pfg. zu erhöhen. Da wirft sich nun die Frage auf: Können wir verlangen, daß diese Gruppen schon wieder einen Sprung riskieren, andernfalls ist es dem Verband dienlich, wenn ein solches „Zwitterding“ von 20, 30 Pfg., 35 ja 40 Pfg. Beitrag vorhanden ist? Ebenso will leider ein Teil von Mitgliedern, welche dem Verband mit bezahlten von 30 Pfg. schon länger an-

gehören, noch nicht mitkommen. Dies sind Hindernisse, mit denen muß gerechnet werden.

Zwang wäre jetzt verfehlt, es muß freiwillig, wo es möglich ist, eine Erhöhung Platz greifen.

Tun wir das also, d. h. rechnen wir mit obigen Hindernissen, aber auch ebenso mit den Einwänden welche von der großen Zahl von Anhängern der Erhöhung des Beitrages gemacht werden, indem sie sagen: wir können und dürfen nicht bis zur nächsten Generalversammlung warten, so ergibt sich die Notwendigkeit des Versuchs, einen Vermittlungsvorschlag zu machen. Der Vorschlag ist folgender:

Neben einer energischen Agitation der Zahlstellen, des Einzelnen, muß zugleich die innere Stärke wachsen und zwar hauptsächlich dahingehend, daß allmählich alle Kollegen einsehen, daß Opfer bringen eben eine notwendige Voraussetzung ist, um alle Anforderungen gerecht zu werden, um überhaupt eine einigermaßen achtunggebietende Stellung einnehmen zu können. Mit dieser Voraussetzung gerechnet, ist es wohl möglich, daß in kurzer Zeit alle Zahlstellen ihren Beitrag um mindestens 5 Pfg. erhöhen und dies vorerst freiwillig, also so, daß diejenigen, welche noch 30 Pfg. bezahlen, ihn auf 35 erhöhen — und sofort, um mit diesem „Mehr“ hauptsächlich die Agitation besser betreiben zu können, wie das schon von vielen Zahlstellen geschieht. Dieser Zustand, bis, sagen wir 1. Mai 1905, bis dahin sind die oben angeführten Haupthindernisse beseitigt, und der 35-Pfg.-Beitrag tritt obligatorisch für den Gesamtverband in Kraft. Um aber dem Teile, welcher jetzt schon den 40-Pfg.-Beitrag einführen resp. ihm die Zeit bis zur nächsten Generalversammlung, Sept. 1906 zu lange dauern würde, entgegen zu kommen, und dem Nachhinkenden trotzdem Zeit zur Erholung zu geben, würde also der 40-Pfg.-Beitrag obligatorisch 1. Mai 1905 in Kraft treten. So und auf diese Weise dienen wir den Interessen des Verbandes nach jeder Richtung und huldigen dem Fortschritt in einer Aller am besten beförmlichen Weise. Dies zur Beitragsfrage.

Wir kommen nun zu den Erhöhungen der Leistungen. Dazu möchte ich in kurzer Weise zu bedenken geben, daß mit der Einführung des 35-Pfg.-Beitrages nicht notwendigerweise auch die Leistungen erhöht werden müssen. Etwas mehr „Zuluß“ und ruhiges Entwickeln kann auch der Kasse nicht schaden. Denken wir bei der kleinen Erhöhung nicht an uns, sondern den Verband, die Gesamtheit; dem Verband dienen wir mit höheren Beiträgen und ohne dieselben sofort wieder zurückzuerlangen, trotz und alledem uns. Tritt aber z. B. 1. Mai 1905 eine Erhöhung in Kraft, so könnte man schon eher an eine gründliche Reorganisation des Unterstüßungswesens denken. Daß die Unterstüßungen „nach Anträgen“ erhöht werden sollen, ohne eines höheren Beitrages zu gewähren, sind Begleiterscheinungen einer jungen Bewegung und kann ernstlich nicht in Frage kommen.

Einer näheren Besichtigung soll auch der Antrag, „das Organ alle 8 Tage erscheinen zu lassen,“ unterzogen werden. Dieser Antrag hat, es scheint wenigstens, mehr Freunde gefunden, als er bei den augenblicklichen Verhältnissen in unserem Verbands verdient. Es sei auch gleich bemerkt, das meine „Einwände“ nicht von mir allein geboren sind. Man wird nicht Unrecht gehen, wenn man sagt, wir haben in diesem Punkte mehr das Begehrenswerte im Auge als eben die nüchterne Wirklichkeit. Bei dem Antrag muß nämlich erst mal gefragt werden: Wie soll dann unser Organ aussehen?

Sagen wir der große Deutsche Metallarbeiterverband; hätte dieser nicht ein Organ, wie er es augenblicklich herausgibt, so würde er sich tatsächlich ein Armutszugnis ausstellen bei seiner Mitgliederzahl. Umgekehrt aber wir uns eins ausstellen würden, wollten wir, bei unserer Mitgliederzahl daselbe, also achtfach und vielleicht auch noch von verschiedenen kostspieligen Mitarbeitern bedacht, achtfach mit Stägigem Erscheinen herausgeben. Es wäre einfach Größenwahn! Ja, wollen wir denn unser Organ in kleinerem Format, etwa 4seitig? Ganz entschieden nicht. Denn wir haben jetzt ein Organ, da kann man sich mit sehen lassen, wir können stolz darauf sein und zwar in Format wie Inhalt, da wird jeder Kollege zustimmen.

Nebenbei würde der Fiskus einige 1000 Mark mehr einstecken für Porto usw. Auch müssen wir die Zeit, welche jetzt schon die Redigierung in Anspruch nimmt, dann doppelt rechnen, wogegen sie jetzt für Agitation verwendet wird. Auch ist angebracht, zu sagen, erst mal sorgen, daß unser Organ

alle 14 Tage ausgetragen, der viele und gebiegene Inhalt überall ganz gelesen wird, nebenbei in jeder Zahlstelle die Zahl der Mitglieder verdoppelt und dann die „Früchte“, welche augenblicklich eben noch zu hoch hängen. Der Wunsch, ein besonderes Organ für weibliche Mitglieder mag berechtigt sein, aber da wird sich selbst der Gesamtverband noch etwas Bescheidenheit auflegen müssen. „Siehe Zufluß zum Agitationsfonds des Gesamtverbandes.“

Den Wunsch, unsere Firma, der Titel „Chr.-sozialer Metallarbeiterverband“ wäre schon recht alt, natürlich mit der 30fachen Mitgliederzahl, hat wohl jeder von uns. Nun sind wir aber auch stolz, daß er schon 5 Jahre und die Mitgliederzahl dementsprechend ist und zwar hauptsächlich auf Grund unserer Tätigkeit, welche ausgesprochen liegt in den Worten: christlich-sozial.

Tätig in diesem Sinne, werben in diesem Sinne, vorwärts in diesem Sinne, alle Mann an Bord. Seien wir stolz auf diesen Titel, der unser Banner gewesen in schweren Tagen, den wir verteidigt haben mit allen Kräften.

Ich würde es deshalb sehr bedauern, wenn diese Ehrenbezeichnung dem Wunsche mancher Kollegen zum Opfer fiel.

Hamburg.

G. B.

München.

Wie ja nicht anders zu erwarten war, zeigt sich in allen Ortsgruppen das größte Interesse für unsere Generalversammlung. Aus all den vielen Anträgen geht hervor, daß man allseits die rasche Weiterentwicklung des Verbandes unterstützen will. Am marantesten läßt sich das beobachten bei den Mitgliedsbeiträgen; hier werden die Anschauungen und Erfahrungen der Ortsgruppen sich am weitesten verzweigen. Gar mancher Ortsgruppenleiter wird in sich den stillen Wunsch hegen, wenn nur heuer noch nicht die Beiträge erhöht würden. Nicht etwa, daß ein Vorsitzender von sämtlichen Zahlstellen persönlich dagegen wäre, das glauben wir nicht, aber jeder Vorsitzender ist bedacht, seine Mitglieder zu verlieren, insbesondere die Ortsgruppen, die schon Lokalaufschlag erheben. Aber die Anträge zur Beitragserhöhung liegen einmal vor, sie harren einer günstigen Erledigung; der beste Mittelweg ~~und wohl sein, daß wir Staffelleistungen einführen~~ zu 30 und 40 Pfg., dem wird wohl kein Delegierter die Stimme versagen und den Ortsgruppen, denen jetzt Rang ist ums Herz, werden in der festen Zuversicht sein, keine Mitglieder zu verlieren. Ob Staffelleistungen unserem Verbands förderlich sind, werden sich auch wohl die Meinungen teilen. Wer länger in der Agitation schon tätig ist, wird gewiß schon die Erfahrung gemacht haben, insbesondere bei Neugründungen, daß die Beitragsleistung immer den Cardinalpunkt bildet. Leider sind unsere Berufskollegen in den Provinzen noch nicht von dem gewerkschaftlichen Geiste durchdrungen, daß je höher die Beiträge, desto leistungsfähiger der Verband ist. Mit diesen Verhältnissen haben wir vorerst zu rechnen. Daß aber den Kollegen auch gebietet ist, die gerne höhere Beiträge leisten wollen, bleibt nichts anderes übrig, als 30 und 40 Pfennig-Beiträge einzuführen, in der Hoffnung aber, daß die weitaus größte Zahl der Kollegen sich für 40 Pfennig erklärt, selbstredend müßten dann auch die Unterstützungen dementsprechend paralysiert werden. Ein anderer Faktor spielt hier noch herein, nämlich die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und ältere Kollegen über 50 Jahren. Die eben ausgeleiteten Kollegen sind wirklich in vielen Fällen noch in schlechten Wohnverhältnissen und es begegnet einem oft, daß man sagen hört, ich ginge recht gern zum Verband, aber die 30 oder 35 Pfennig kann ich nicht erschwingen. Hier sollte schon die Generalversammlung es ermöglichen, die Beitrittserklärungen erleichtern, aber nur bis zum 18. Lebensjahre, von da ab haben sie als volle Mitglieder zu zahlen. Ein noch wichtiger Punkt ist, wie bekommen wir die älteren Kollegen zu uns? Nur all zu oft hört man gerade von diesen Kollegen, ja, ich ginge recht gerne zum Verband, aber ich bin schon zu alt und die Beiträge sind für mich zu hoch. ?? Gerade die alten Kollegen wirken wie ein Ballast auf die Weiterentwicklung des Verbandes. Auf die Gewinnung der älteren Kollegen müssen wir aber unser volles Augenmerk lenken. Die älteren Kollegen haben den meisten Einfluß in den Werkstätten und haben wir diese, so werden dieselben sicher auf die „Jungen“ so viel einwirken, daß auch diese nur dem christlichen Verbands beitreten. Aber da sind wir schon wieder bei den Staffelleistungen angelangt und so brächten wir glücklich drei Beitragsklassen zusammen, 20, 30 und 40 Pfennig. Der Apparat wird dadurch gewiß ein komplizierter, aber unser Verband wird sicher

einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Nun, wir dürfen sicher hoffen, daß die Generalversammlung diese Beitragsabstufungen und deren Nuzeffekt eingehend prüft und dem Verband förderlicherweise entscheidet. Die zahlreichen Anträge, das Verbandsorgan wöchentlich erscheinen zu lassen, lassen daraus schließen, daß dieser Antrag von den Delegierten einstimmig (? ? b. N.) angenommen wird. Bei der intensiven Ausbreitung unseres Verbandes wird unser Verbandsvorsitzender nicht mehr in der Lage sein, neben den Verbandsgeschäften auch noch eine wöchentliche Zeitung zu redigieren. Die Generalversammlung wird nicht anders hinwegkönnen, als dem Verbandsvorsitzenden einen journalistisch begabten Kollegen als Hilfskraft in die Redaktion beizugeben. Die Entwicklung unseres Verbandes erheischt es, daß unser Verbandsvorsitzender freien Blick behält zur Erledigung der Verbandsgeschäfte und von jeder Nebenbeschäftigung befreit wird. Die Anstellung von besoldeten Agitatoren für unseren Verband wäre ja gewiß freudigst zu begrüßen, denn dieselben würden sich reichlichst verzinsen. Ob und wieviel Kräfte freigestellt werden können, wird erst nach dem Geschäftsbericht zu beurteilen sein. Kann was geschehen, so mögen die Kräfte verteilt werden, nur möge man Bayern daran nicht ausschalten, denn auch dort ist noch sehr viel zu holen. (Aus taktischen Gründen kann in Details hier nicht ausgeholt werden. D. G.)

Die Regelung des Unterstützungswesens wird, wenn keine Beitragserhöhung stattfindet, wohl kaum von tief einschneidender Natur sein können. Zu erwägen wird wohl auch sein, ob der § 4 des Streitreglements nicht einheitlicher nach unten paralysiert werden kann. Wie aus den bisher im Verbandsorgan veröffentlichten Anträgen zu ersehen ist, bemühen sich alle Ortsgruppen zur Weiterentwicklung unseres Verbandes nach besten Kräften beizutragen und das zeugt von großem Interesse allerseits für den Verband. Wir dürfen daher uns auch der besten Hoffnung hingeben, daß die Generalversammlung das Beste und für uns allen nützlichste herauswählt. Unsere Disziplin, Opferwilligkeit und Solidaritätsgefühl wird es dann aber auch bezeugen, daß wir uns bis zum letzten Kollegen für die Beschlüsse der Generalversammlung in allen Teilen eintreten und mit erneutem Eifer für den Verband und mit dem Verband arbeiten, bis der letzte christliche Metallarbeiter in unseren Reihen eingetreten ist.

Jos. Reitz.

Mülheim-Styrum.

Wenn ich mir die Anträge zur Generalversammlung in Nr. 16 vom 30. Juli ds. Js. ansehe, dann kommt mir das überzeugende Gefühl, daß unsere Kollegen mit den gestellten Anträgen das „Beste“ wollen, aber das Wichtigste, den „nervus rerum“, die Finanzfrage, außer Acht lassen.

Der Antrag auf wöchentliches Erscheinen unseres Organs bedingt auch zugleich finanziell eine Verdoppelung der Mehrausgaben für dasselbe; zudem müßte Kollege Wieber durch die erhöhte Arbeitslast seine agitatorische Tätigkeit nach außen fast vollständig aufgeben und eine zweite Kraft an der Zentrale angestellt werden und dies bedeutet wiederum eine finanzielle Mehrbelastung für den Verband. Weiter. Die Anstellung von 4 Gewerkschaftssekretären (Antrag der Berliner Kollegen) wird selbstverständlich auch ein erhebliches Sümmechen beanspruchen; wir wollen uns nicht verhehlen, daß wir weitere freigestellte Beamten haben müssen. Nebenbei sei bemerkt, daß die Erfolge der „Freien“ zum wesentlichen Teil auf den 700 Mann umfassenden Beamtenapparat zurückzuführen sind. Die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen nach verschiedenen Richtungen hin bedeuten wiederum einen „Aberlaß“ gegenüber dem Verbands.

Die Anträge berühren in ganz hervorragendem Maße die Finanzen unseres Verbandes; darüber herrscht wohl kein Zweifel und zwar in ungünstiger Weise. Die Mehrbelastung würde in allem gerechnet, die Summe von 40000 Mark erreichen. Daran reiht sich nun die Frage: Kann der Verband eine solche Last übernehmen ohne große Erhöhung der Beiträge? Das muß entschieden verneint werden.

Nähmen wir nun an, die Beiträge würden pro Woche um 5 Pfg. erhöht, das macht auf das Mitglied pro Jahr 2,60 Mk.; in Wirklichkeit sind es aber nur nach — Erfahrungsgrundlagen — 1,82 Mk., macht auf 9000 Mitglieder gerechnet 16,380 Mk., abzüglich der verlangten 20 %, die den Ortsgruppen belassen werden sollen und die in diesem Falle 3 276 Mk. betragen; es blieben somit dem Verbands 13 104 Mk. Mehreinnahmen, — wohingegen die Mehrausgaben zirka 40 000 Mark ausmachen würden. Der Verband hätte somit durch

diese „Neuerung“ einen Minus von 26,896 Mk. Die Kollegen sehen hieraus, daß angeichts dieser Tatsache der Delegiertentag in Offenbach noch viel Wasser in den Wein gießen muß. Ohne erhebliche Erhöhung der Beiträge wird vorläufig mancher Wunsch unerfüllt bleiben müssen und zwar im Interesse unseres Verbandes.

Wollen die Kollegen aber „Fortschritt“ und nicht Rückschritt, wollen sie, daß ihre Wünsche praktische Formen annehmen sollen, wollen sie ferner, daß der Verband innerlich und äußerlich erstarke soll, dann heißt es die Opfer gebracht, wie sie die Mitglieder anderer rivalisierender Verbände bringen. Für mich steht es unabweisbar fest, der christliche Kollege kann und muß diejenigen Opfer bringen, die ihm die Erreichung seiner Ziele und Wünsche erhoffen lassen. Die goldene Regel, die uns der Verwirklichung unserer Ideale näher bringt — heißt — Viel Gaben und wenig Gaben wollen. Der Hauptzweck eines Gewerkschaftlers muß der sein, seinen Verband in geblühter Beziehung zu stärken; hat ein Verband Geldmittel zur Verfügung, dann — haben's auch die Mitglieder. —

Nur dann, wenn ein Verband über große Geldmittel verfügt und eine opferfreudige Truppe hinter sich hat, dann und nur dann ist er in Wirklichkeit eine starke Stütze für jeden Kollegen, der ihm angehört. Der freie sozialdemokratische Verband bezahlt pro Woche 40 Pfg.; ist nun der sozialdemokratische Kollege besser bezahlt wie wir? Das wird im Ernste doch niemand behaupten wollen. Hoffentlich werden unsere Delegierten in Offenbach das Richtige finden.

Kollegen! Eine heilige Begeisterung muß euch entflammen, in der Opferfreudigkeit dürft ihr euch von niemanden übertreffen lassen. Vorwärts nur immer! Vorwärts sei unsere Losung!

Hess.

Kalt.

In weiteren Kreisen unserer Verbandskollegen bricht sich immermehr die Ueberzeugung Bahn, daß es zur Ueberwindung und Entfaltung einer intensiven Agitation unerlässlich ist, besoldete Agitatoren anzustellen. Berlin verlangt deren 3—4 für den ganzen Verband und auch Kollege Bergmann (Kalt) tritt entschieden für diese Forderungen ein. (Nr. 16. des Organs.) Die Verwirklichung derselben hängt natürlich in letzter Linie von den hierbei in Betracht kommenden Bezirke selbst ab, indem sie die entstehenden Kosten möglichst durch Extrabeiträge aufbringen wollen. Ein Anfang ist dann auch schon in einigen derselben gemacht worden, was der Opferwilligkeit der betreffenden Kollegen das beste Zeugnis ausstellt. Hier und da wurde nun die Frage aufgeworfen, ob es Sache der einzelnen Bezirke sei, Leute anzustellen, oder ob man dieses der Zentrale zu überlassen habe. Da möchte ich mich doch für das letztere aussprechen, weil eben die Zentrale am ehesten im Stande ist, die für einen solchen Posten fähigen Kollegen ausfindig zu machen und eine sowohl dem Verbands als den einzelnen Bezirken gleich dienliche Entscheidung zu lassen; dann aber auch, weil eben dadurch das Prinzip der Zentralisation am besten gewahrt wird. Würde man anderseits die Entscheidung in solchen Fragen den einzelnen Bezirken selbst überlassen, so könnten dadurch sehr leicht unliebsame Weiterungen sich ergeben, sei es durch Lockerung des Zusammengehörigkeitsgefühles, sei es schließlich durch gar zu eigenmächtiges Vorgehen der auf solche Posten gestellten Kollegen, wodurch weder dem Verbands, noch auch den einzelnen Kollegen ein Dienst erwiesen sein kann.

Im Zusammenhang damit steht auch die Einführung eines höheren Beitrages, als er zur Zeit besteht. Wo schon jetzt Kräfte freigestellt sind, hat man meist einen Beitrag von 35 oder gar 40 Pfg. wie in Duisburg eingeführt. Da ergibt sich nun die Frage, ob die den Zahlstellen zustehenden 15% nur von den statutarisch festgesetzten Beiträgen a 30 Pfg. oder den höheren Beiträgen zu berechnen sind. Meines Erachtens wäre es am einfachsten, die den Lokalkassen zustehenden Gelber von der ganzen Beitragssumme in Abzug zu bringen. Dadurch würde auch dem von vielen, namentlich kleineren Zahlstellen geäußerten Wunsche, eine Erhöhung von 15% auf 20% eintreten zu lassen, entsprochen, ohne daß an der bisherigen Festsetzung etwas zu ändern werden brauchte, denn dadurch würde sich eine Erhöhung der Einnahmen der Lokalkassen schon von selbst ergeben. Sind also die Ortsgruppen der Ansicht, daß ihre Lokalkassen gestärkt werden müssen, so brauchen sie nur die geäußerte Beitragserhöhung von 30 auf 35 Pfg. wesentlich gutzuheißen.

Mannheim.

Was kostet, das kostet! Dieses Wort kann man in gewissem Sinne auf die Zahlstellen in unserem Bezirk anwenden. Kollegen, auf dem 5. Kongress in Essen wurde geklagt, daß unsere Gewerkschaftsbewegung in Süddeutschland nicht genug in Fluß käme. Es ist dieses unbestreitbar. An wem liegt die Schuld? Doch nur an uns allein.

Seit langer Zeit ertönt der Ruf nach einem freigestellten Bezirksleiter. Könnte nun ein solcher die Sache allein in die Höhe bringen? Mit nichten. Es muß mehr gearbeitet werden, speziell in der Kleinarbeit, wozu keine große Schulung vonnöten ist. Aber gerade in diesem Punkte hapert es zu sehr. Möge jeder Kollege darüber nachdenken, inwieweit er hieran seine Pflicht gegenüber dem Verbands erfüllt hat. Sodann zu der Frage der Anstellung eines Beamten für Süddeutschland. Es ist bekannt, daß unser Kollege Wieber den Daumen auf den Beutel hält. Und mit Recht. Ein jeder Kollege und Gewerkschaftler im richtigen Sinne des Wortes, kann nur seine Freude daran haben, und er weiß auch, daß das Fundament eines Verbandes eine gefüllte Kasse bildet, sowie, daß von einer solchen die gedeihliche Entwicklung unserer Lage abhängig ist. Auf die Hauptkasse, Kollegen, kommt es aber vor allen Dingen an, wenn Not an Mann geht; und ein Schelm der gibt und nichts hat.

Es ist ja betäubend, wenn man die Anträge zur Generalversammlung durchliest. Einige Wenige für höhere Beiträge, die größere Mehrzahl für höhere Unterstützungen, niedrigerer Karanzzeit, höhere Prozente an die Ortsklassen. Endlich, was als Hauptpunkt anzusehen ist, wöchentliches Erscheinen des Drang. Zu diesem Punkte wäre zu bemerken: Die Arbeit der Vertrauensmänner wird dadurch verdoppelt. Sodann die doppelten Druck- und Postkosten. Dieses Geld für Agitationszwecke verwendet, wäre für den Verband vorteilhafter. Nachdem im letzten Jahre das Format vergrößert wurde, könnte man den jetzigen Zustand immer noch einige Jahre beibehalten. Ihr seht also Kollegen, wie von allen Seiten höhere Ansprüche an die Zentralkasse gestellt werden. Daher haben schon längst einige Bezirke beschlossen, einen Extrabeitrag zu erheben und wurden dadurch in die Lage versetzt, einen Mann freustellen zu können. Kollegen aus dem Mannheimer Bezirk! Seid ihr aus anderem Holze geschnitten als jene? Sind eure Nebenarbeiter, die dem „freien“ Verband angehören, wirtschaftlich bessergestellt? Gewiß nicht. Nun, auch wir wollen das kleine Opfer von mindestens 5 Pfg. pro Woche bringen, denn da unsere Ortsgruppen räumlich zu sehr getrennt sind, so wird die Agitation natürlich kostspieliger und harret unser nach ein riesiges Feld, das bebaut sein will. Mögen sich nun die Kollegen baldigst darüber äußern und einen dahingehenden Beschluß fassen; womöglich noch vor der Generalversammlung. Kollegen, eure Opferwilligkeit wird nicht versagen. Und dann aber auch alle Schulter an Schulter vorwärts, um zu zeigen, daß hier oben noch viel Boden vorhanden ist für die christlichen Metallarbeiter. An die Arbeit! Festhalten immer, stillstehen nimmer! P. D.

Die IV. Generalversammlung der Krankengeld-Zuschußkasse

findet am 18. und 19. September 1904 in Hamm, an der Lippe statt.

Die Tagesordnung lautet:

- a) Konstituierung der Generalversammlung,
- b) Neuwahl des Ausschusses und Zentralvorstandes,
- c) Beratung der gestellten Beiträge.

Die Versammlung findet im Vereinshaus an der Oststraße statt und beginnt morgens 10 1/2 Uhr. Das Resultat der Delegiertenwahlen ist bis zum 27. August spätestens an der Zentralstelle in Düsseldorf zu übermitteln.

Die zweite Generalversammlung des christlichen Malerverbandes

tagte am Sonntag, den 10. Juli in Düsseldorf. Nach dem Geschäftsbericht wurde der Verband im Jahre 1901 gegründet, er zählte am 31. März 1902 in 12 Zahlstellen 250 Mitglieder. Heute sind 33 Zahlstellen mit rund 1300 Mitgliedern vorhanden. Aufgenommen wur-

den in der Geschäftsperiode 2200 Mitglieder. Eingegangen sind 6 Zahlstellen, darunter Münster und M. Gladbach infolge ungünstigen Ausgangs von Lohnbewegungen. Nach dem Kassenbericht hatte der Verband eine Einnahme von 11 245 Mk., Ausgabe 10 921, Bestand 1500 Mark. Beschlossen wurde, den Beitrag auf 35 Pfg. zu erhöhen, für die Wintermonate 15 Pfg.

Der Verband der Nichtgewerblichen Arbeiter

hielt seine zweite Generalversammlung am 10., 11. u. 12. Juli in Koblenz. Der erstattete Rechenschaftsbericht umfaßte die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1904. Während dieser Zeit hat sich die Mitgliederzahl von 1435 auf 3865 vermehrt; am 1. Juli hatte der Verband 4892 Mitglieder in 121 Zahlstellen. Die Einnahmen betragen während der Berichtsperiode 32 052 Mark, die Ausgaben 28 161 Mk. Für das gesamte Unterstützungswesen kamen während der Berichtszeit 6461,65 Mk. zur Auszahlung. Hiervon treffen auf Streit- und Maßregelungsunterstützung 2012 Mk. Auf Notlagenunterstützungen 1209 Mk., auf Unzugsgeld 211 Mark.

Beschlossen wurde, den Beitrag auf 20 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Der Titel wurde in „Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter Deutschlands“ verwandelt.

Aus dem Sauerland.

In hiesiger Gegend wächst das Interesse der Arbeiterschaft für die gewerkschaftliche Organisation sehr. So wurden in letzter Zeit außer anderen Orten in Brilon und Alme wieder neue Ortsgruppen gebildet. Schöne Erfolge errangen die Kollegen in Mlagen, so daß der Lohn, bezw. die Akkordsätze bis zu 50 Pfg. pro Tag betragend, erhöht wurde. Diejenigen Arbeiter, die bisher immer sagten, der Verband hat ja doch keinen Zweck, werden wohl langsam einsehen, wie verkehrt ihre Ansicht war und werden diese, soweit sie es noch nicht sind, dem Verbands anschließen. In Bredele wurde am Christi Himmelfahrtstage eine Ortsgruppe gebildet und konnte schon vor kurzem eine Lohnerhöhung gemeldet werden. Auch in Brilon zeigt das bloße Bestehen der Ortsgruppe und die Kritik der dortigen Verhältnisse schon Erfolge. Die Direktion der Fabrik zeigt sich nicht nur nobeler im Umgang mit ihren Arbeitern, man bemüht sich auch schon die Löhne in der Höhe zu setzen, was für einzelne Arbeiter 10 Mark beträgt. Hier ist ersichtlich, daß der Arbeiter nirgendwo nutzbringender sein Geld anbringen kann, als wie in seiner Organisation. 10 Mark Lohnerhöhung pro Monat, macht eine Erhöhung des Tagelohnes von 33 Pfg., macht pro Woche ein Mehrverdienst von 2,30 Mk. Somit verzinsen sich die Wochenbeiträge um 700%. Mögen unsere Kollegen stets den Wert der Organisation zu schätzen wissen und wenn wir einig und geschlossen sind, werden wir seitens der Unternehmer geachtet. Immer mehr im Interesse der Kollegen zu arbeiten, das soll Aufgabe unseres Verbandes sein. Deshalb Kollegen erlahmt nicht in der Agitation für unsern Verband. Hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Mülheim a. d. Rhöne.

Mülheim a. d. Rhöne. Auch die hiesigen Kollegen dürften sich etwas mehr ihrer Pflicht gegenüber der Organisation bewußt bleiben. Die große Lohnbewegung im hiesigen Bezirk, welche zu Gunsten der Arbeiter verlaufen ist, sollte den Kollegen doch längst klar gemacht haben, daß dieses nur möglich war auf Grund der Organisation, weil wir uns stützen konnten auf unsern christlichen Metallarbeiterverband. Nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt die Kraft, deshalb Kollegen, bleibt euch aber auch der Pflicht bewußt, die ihr dem Verbands gegenüber habt; besucht die Versammlungen, zahlt pünktlich die Beiträge; oder wärlt ihr undankbare, charakterlose Kreaturen sein, die nur ernten, aber nicht mit Säen wollen, die zwar den Nutzen von der Organisation ziehen, sich dann aber feige zurückziehen. Solche Handlung wäre eines ehrenhaften Arbeiters unwürdig. Deshalb Kollegen von Mülheim und Umgegend, zeigt euch als ganze Männer, die ihre Zeit begriffen haben, bringt die Opfer, welche nun einmal erforderlich, die euch aber auch hundertfältig zu gute kommen.

Görlitz.

Görlitz. Auch hier benutzen die freien Verbändler eigentümliche Agitationsmethoden. In einer hiesigen Fabrik arbeitet ein Schirmeister, derselbe ist Mitglied des freien Schmiederverbandes, Sitz Hamburg. Dieser Schirmeister traktiert nun am Tag seinen Zuschläger mit Ohrfeigen und droht ihm mit Erwürgen, angeblich wegen schlechter Arbeit und nach Feierabend nimmt er den mißhandelten Kollegen mit in die Kneipe, regaliert ihn mit Freibier und bearbeitet ihn zum Eintritt in den freien Verband. Mit den Schlußworten: Und nun tritts du bei uns ein, wurde demselben das Mitgliedsbuch ins Haus gebracht.

Diese eigentümliche Agitationsweise hatte doch nicht den gewünschten Erfolg, denn der Kollege hatte es vorgezogen, in unseren Verband einzutreten und ist auch willens, ihm treu zu bleiben, trotz Ohrfeigen und Freibier. Unser Vorsitzender richtete wegen dieser Vorkommnisse eine energische Beschwerde an den Vorsitzenden des hiesigen Schmiederverbandes worin er sich eine solche Agitationsweise energig verbat und unser Mitglied in Schutz nahm.

Dies hatte zur Folge, daß eine gemeinschaftliche Sitzung anberaumt wurde zur Klärung der Sachlage. Da den Herren nun in dieser Sitzung über solche Handlungsweise ihrer Mitglieder stark zugeföhrt wurde, versielen sie auf das bekannte Mittel des Schimpfens; u. a. ihr seid ja mit Alkohol getränkt auf gut deutsch: ihr seid wohl besoffen. Infolgedessen zogen unsere Kollegen es vor, die Sitzung zu verlassen und einer unsererseits einberufene Parteiversammlung beizuwohnen, wo die Arbeit nutzbringender war.

Die Worte wurden uns noch zugerufen: Nun soll es aber erst recht losgehen! Bis jetzt haben wir vergebens in der Schmiedezeitung über diesen Fall nachgesucht, was um so bemerkenswerter ist, da die Herren vom Görlitzer Schmiederverband sonst selbst die unbedeutendsten Dinge in ihrem Verbandsblatte zur Sprache bringen. Auch in Görlitz scheint man dem Sprichwort zu hulbigen: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Sagen.

Sagen. Wir sind im Allgemeinen keine Freunde davon, in den Spalten unseres Organs uns mit Negativen und früheren Mitgliedern unseres Verbandes zu beschäftigen. Die Umstände zwingen uns aber dazu, einmal eine kleine Charakteristik des früheren Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes, Johann Grebe in Sagen, der Defektivität zu übergeben. Derselbe ist vor einiger Zeit wegen gewisser Manipulationen aus unserem Verbands ausgeschlossen worden und hat gleich darauf sich dem „freien“ Schmiederverbande angeschlossen. Der gute Mann scheint den Grundsatz „Haltet den Dieb“ sich sehr gut in sein zweifelhaftes Gehirn eingepägt zu haben, denn durch sein fortgesetzt lügendes Gerede über unseren Verband will er anscheinend die Aufmerksamkeit von seinen Handlungen ablenken. Man sollte eigentlich mit einem solchen Burschen nicht viel Federlesens machen, sondern ihn vielmehr dem Strafrichter überweisen, einesteils um ihm das Verleumdern seiner Nebenmenschen zu verleiden, andernteils um aber auch Gleichgearteten in der Beachtung von Mein und Dein ein abschreckendes Beispiel zu geben. Die Rücksicht auf die so schon hart gedrückte Frau und Kinder des pp. Grebe hat uns aber bis jetzt noch von dieser Maßnahme abgehalten. Dem Burschen scheint aber dadurch der Ramm zu schwellen, denn mit vollen Baden ruft er fortwährend, wenn man ihm was anhaben könnte, so würde man es schon tun. Nun, was nicht ist, kann noch werden, denn wir haben Beweise genug, ihm beizukommen. Hierzu nur einige Beispiele. Eine Anzahl Mitglieder hiesiger Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften einigten sich im vorigen Herbst zum gemeinsamen Kohleneinkauf bei einem hiesigen Händler. Grebe erbot sich bei dem Händler, ihm die Gelder für die gelieferten Kohlen bei den betreffenden Mitgliedern abzuholen und ihm dann abzuliefern. Nun hat Grebe zwar das Geld für die Kohlen bei den Mitgliedern eingezogen, es aber bis heute noch nicht an den betreffenden Händler abgeliefert. Wird er an die Ablieferung der ihm nicht gehörenden Gelder erinnert, so findet er fortwährend Ausflüchte unter der Versicherung, nächstens die Gelegenheit zu regeln. Dabei bleibt es aber. Auch

mit Verbandsgeldern wirtschaftet er auf seine eigene Art. Eine Anzahl Ehrenmitgliedskarten unseres Verbandes hat er zu den verschiedensten Preisen an den Mann gebracht und so Handel damit getrieben. Erst nachträglich sind wir diesem Treiben des Grebe auf die Spur gekommen. Auf die sanfte Anregung, das Geld für die Ehrenmitgliedskarten dem Verbands abzugeben, dem es doch unzweifelhaft gehört, gab er die Antwort, er habe es zur Agitation usw. für den Verband verwandt. Belege hierfür zu bringen, ist er außerstande. Weiß Grebe auch, wessen er sich hiermit schuldig gemacht hat? Dieses genügt für heute. Ob der freie Schmiedeverband bessere Erfahrung mit solchen Burichen wie Grebe macht, müssen wir ihm überlassen. Es sollte überhaupt ausgeschlossen sein, daß solch unehrliche und zweifelhafte Elemente von einer Organisation zur anderen Unterschlupf finden könnten; dazu mitzuwirken, haben alle Organisationen alle Ursache.

Kalk.

Kalk. Ein bedauerlicher, aber in mancher Beziehung lehrreicher Vorfall ist dieser Tage am hiesigen Orte vorgekommen. Ein Meister einer hiesigen Firma war vor ungefähr einem Jahre wegen eines kleinen Vergehens plötzlich entlassen worden. Dem schon bei Jahren stehenden Manne war es seitdem nicht möglich gewesen, eine Stellung zu erhalten. Not und Glend hatten den Mann zur Verzweiflung und Stumpfsinn gebracht. Er hat sich nun dieser Tage das Leben genommen. So bedauerlich dieser Vorfall auch ist, so gibt er manchen Meistern und Beamten eine gute Lehre, indem ihnen hier ein kleines Bild gezeigt wird, in welche Not und Verzweiflung Tausende und Abertausende von Arbeitern getrieben werden, wenn sie so oft vor dem harten Winter brotlos auf die Straße gesetzt werden. Den Meistern mußte aber nach solchen Vorfällen die Erkenntnis kommen, daß sie, anstatt die Organisationen der Arbeiter zu bekämpfen, sich selbst fest zusammenschließen und derartige Vorkommnisse unmöglich machen. Heute glauben viele Meister, nur in der Bekämpfung und Niederhaltung der Arbeiter ihre Hauptaufgabe erfüllt zu haben.

Wie den Feuerarbeitern auf dem Hüttenwerk 'Rote Erde' über die Grundtagshize hinweggeholfen wird.

Bei der tropischen Hitze der vergangenen Wochen konnte es kein Wunder sein, wenn Arbeiter an den Deisen und Walzenstraßen ohnmächtig hinfielen. Zeigte doch das Thermometer oft 41 Grad Celsius in den Werkstätten. So wurde aus manchen Städten gemeldet, daß infolge übermäßiger Temperatur Feierschichten eingelegt werden mußten, weil die Arbeiter an den Schmelzöfen und Walzenstragen marode wurden und ohnmächtig hinfielen. Auf dem Nacher Hüttenwerk ging es den Arbeitern nicht besser. Verschiedene Arbeiter wurden durch Ueberanstrengung in der Hitze marode und konnten die Arbeit nicht mehr fortsetzen. Dieselben meldeten sich krank und blieben von der Arbeit fern. Angesichts dieser Umstände sollte man meinen, die Betriebsleitung hätte Rücksicht mit diesen Arbeitern, welche ein Schicht von 12 Stunden auszuhalten haben; am schwarzen Brett erschien jedoch folgende Bekanntmachung:

Diejenigen Arbeiter, die während der warmen Tage von der Arbeit fernbleiben und so ihren Kameraden noch mehr Arbeit zumuten, haben zu gewärtigen, daß sie bei Arbeitsmangel zuerst entlassen werden. Ueber das Fernbleiben wird genau Riste geführt.

Man hätte erwarten sollen, daß an den heißen Tagen die Schicht abgekürzt worden wäre. Dafür erläßt man eine Kundmachung in einem Stile, der „schon seine Wirkung tut“, im übrigen für sich selber spricht. Haben die Urheber dieser Bekanntmachung schon einmal zwölf Stunden vor dem Schmelzofen oder an der Walzenstraße gestanden? Das Hüttenwerk Rote Erde hat in den letzten Jahren 30 — 50 Prozent Dividende gebracht. Aber zu organisieren brauchen sich unsere Hütten- und Walzwerks-Arbeiter nicht. Deshalb wird ihnen zugemutet, was man von deren Arbeitern niemals verlangt.

An den kath. Fachabteilungen

Meint man, erfreulicherweise auch „der deutsche Metallarbeiter“, zu studieren, was nur freudigst zu begrüßen ist. Wenigstens erscheint im „Berliner Arbeiter“ unter

Malsstadt-Burbach eine Notiz, welche darauf schließen läßt. Die Herren schienen sich dortselbst etwas über den Bericht des Ostdeutschen Bezirksleiters, Kollegen Herzog-Berlin, aufgeregt zu haben, sintonmalen dort behauptet wurde, die „Fachabteilungen“ wären im Osten würdige Pendanten der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, nur mit dem Unterschiede, daß sie erst 2 Jahre alt, zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften gegründet, über keine Mitglieder verfügten und von Leuten dirigiert würden, denen es nicht um das Interesse der Arbeiter zu tun ist.“

Unsre „wackren Kollegen“ von Malsstadt rechnen uns 359 Mitglieder heraus und meinen: das sei alles, von Dsnabrück bis an die russische Grenze. „Unsre“ „Fachabteilungen“ wären froh, so viele Metallarbeiter dort zu haben, aber so viele „Gewerkschaftler“ konnten sie aus ihren 50 000 Arbeitervereinsmitgliedern noch nicht herauschälen. Die „Fachabteilungsmglieder“ bestehen nur in der Phantasie. Wenn unsre „Freunde“ in Malsstadt — oder ist der Artikel über Berlin gekommen? — weiter meinen: Es müsse dann doch ein leichtes sein, über diesen wesenlosen Feind zur Tagesordnung überzugehen, so können wir ihnen versichern, daß solches sehr schnell geschehen wird und zwar in dem Maße, als die dortigen Kollegen von der Nutzlosigkeit der Fachabteilungen sich überzeugen. Wir tragen uns mit der zuversichtlichen Hoffnung: die guten Kollegen von Malsstadt wie auch anderwärts baldigst als Mitkämpfer im christlichen Metallarbeiterverband begrüßen zu können.

Zu diesem Zwecke sei ihnen das eifrige Studium des „Deutschen Metallarbeiter“ auch in der Zukunft angelegentlich empfohlen.

Arbeiterbewegung.

Einen schönen Erfolg unseres Verbandes

haben wir in den letzten Tagen in Schalle-Gelsenkirchen zu verzeichnen. Dort wurden am 25. Juli der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Tombrink, auf der Küpperbusch'schen Fabrik aus nichtsjagenden Gründen gekündigt und am 27. Juli unter Vorauszahlung seines Lohnes entlassen. Die Begleitumstände ließen auf eine Maßregelung schließen und wurde von der Bezirksleitung beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen um zu der Sache Stellung zu nehmen.

Die Versammlung fand am 1. August im Schlieking'schen Lokal statt, welches dicht gedrängt voll von Arbeiter der genannten Firma besucht war. Auch war eine große Anzahl Beamte unter Führung zweier Werkführer erschienen. Kollege Klost-Essen behandelte in einstündiger treffender Rede die Entlassung und Mißstände bei der betr. Firma. Seine Ausführungen wurden stellenweise durch stürmische Beifallsbezeugungen unterbrochen, ein Beweis, wie sehr den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen war.

Nachdem schilderte der Kollege T. die Entlassung, welche durch Meister Mons erfolgt und wie die Beschwerde bei der Betriebsleitung und Firmeninhaber nutzlos gewesen sei.

Hierauf ergriff Herr Lange, der ebenfalls früher dort gearbeitet und hinausgewimmelt worden war, das Wort, um gleichfalls eine scharfe Kritik zu üben. Nach diesem versuchte ein Herr Schöneberg (Meister auf der betr. Fabrik und Bezirksleiter der Hirsch-Dunder) die Ausführungen seines Verbands-Kollegen Lange zu entkräften. Ebenfalls traten die beiden anwesenden Betriebsführer den Ausführungen inbezug auf herrschende Mißstände entgegen. Zur Entlassung Tombrink wurde von einem der Herren angeführt, daß eine Maßregelung nicht beabsichtigt gewesen sei. Man habe nicht den Vorsitzenden der Ortsgruppe, sondern den Arbeiter Tombrink entlassen. Da um 11 Uhr die Versammlung zu Ende geführt sein mußte und von dem Herrn Schöneberg eine neue Versammlung kategorisch gewünscht wurde, fand eine Beschränkung der Diskussion statt,

In seinem Schlußwort stellte Kollege Klost zunächst einige gemachte Ausführungen richtig und rechnete dann sofort mit Herrn Schöneberg ab, der so unkollegial gegen den Gauleiter und Verbandskollegen gehandelt hatte. Er hielt ihm ferner vor, daß er dem Kollegen Tombrink gegenüber seine volle Sympathie ausgedrückt habe und hier in der Versammlung sich als Schutzherr der Firma aufspiele, dabei habe er selbst erklärt, daß er zum Bureau des Betriebsleiters gerufen und dort gebeten worden sei, in der Versammlung die Interessen der Firma wahrzunehmen. Netze Arbeiter!!

Die weitere Versammlung fand nun am Sonntag, den 7. August, nachmittags 5 Uhr in Gelsenkirchen statt im Ingenhaag'schen Lokale. — Inzwischen hat nun eine persönliche Aussprache zwischen dem Kollegen Klost und Betriebsführer Kühling stattgefunden mit dem Ergebnis einer eventuellen Einigung. Auf Grund dieser Aussprache hat nun eine Bezirksleiter Hirschiefer, der im Laufe der Woche abwesend war, am Sonntag vormittag mit dem Firmeninhaber und Betriebsführer Kühling eine gemeinsame Aussprache mit dem Ergebnis, daß ihm von Seiten des Firmeninhabers auf Ehrenwort versichert, eine Maßregelung habe seinerseits nicht vorgelegen, Des weiteren versichert der Herr gegen die gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter habe er nichts einzuwenden, daß sei das gute Recht der Arbeiter. Man erklärte sich bereit, den Kollegen Tombrink sofort wieder einzustellen, ebenfalls sollten die Arbeiter der einzelnen Werkstätten die herrschenden Mißstände zu Papier bringen und der Leitung übermitteln, welche für Abstellung derselben Sorge tragen würde. Daraufhin fand eine weitere Aussprache statt, an der Kollege Tombrink und Meister Mons teilnahmen, welche ebenfalls zu einem beiderseitigen zufriedenstellendem Resultat führte. Da somit die Maßregelungsangelegenheit zur Zufriedenheit beider Teile, Organisation wie auch der Firma, erledigt war, konnte dieses schöne Resultat in der am Nachmittag stattfindenden sehr stark besuchten Versammlung bekannt gegeben werden. Kollege Hirschiefer berichtete über das Resultat der Verhandlungen. — Kollege Klost gab kurz nochmals einen Ueberblick über das Geschehene und gab seine Zufriedenheit über die Beilegung sowie das Entgegenkommen des Firmeninhabers Ausdruck. Bezüglich der Mißstände schlug Kollege Klost vor, nunmehr sofort an die Arbeit zu gehen, zur Beseitigung derselben, welche aber eine starke gewerkschaftliche Organisation notwendig mache, wie auch der jetzt erledigte Fall beweise. Erst recht mußten die Arbeiter jetzt in den christlichen Metallarbeiterverband hineingehen, da sie dessen Wert erfassen und kein Hindernis ihnen von seiten der Betriebsleitung in den Weg gelegt werde. Dann ersuchte Kollege Klost den Bezirksleiter der Hirsch-Dunder, Herr Schöneberg, der eine weitere Diskussion in dieser Versammlung gewünscht hatte, sich zu melden. Die Meldung blieb aus; Herr Schöneberg hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Ein wackerer Nachgewerkschaftler, worauf die Hirsch-Dunder stolz sein können.

Für die christlichen Metallarbeiter in Schalle und Gelsenkirchen ist es nun unabweißbare Pflicht, sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen; dort werden ihre Interessen mit Nachdruck und Energie vertreten. Darum aufgewacht; hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Düren.

Die gelegentlich des Ausstandes unserer 40 Verbandskollegen in der Drahtfabrik der Firma Deutgen im benachbarten Hoven vorgekommenen Drangsalierungen und Verfolgungen unserer Mitglieder haben wir bereits kurz berichtet. Empörend ist es, daß dort Arbeiter ohne allen Grund mirnichts dirnichts auf die Straße geworfen wurden, welche bis zu 40 Jahren dort beschäftigt waren. Daß solches Verhalten der verschiedenen rückständige Elemente von uns und unseren Kollegen gebührend beleuchtet wurde, ist selbstverständlich.

Das amtliche Kreis- und Zentralsblatt von Düren leistet sich demgegenüber einen ergötzlichen Artikel, den wir etwas niedriger hängen müssen. Da ist es zunächst die Firma Karl Schleicher-Schüll, die es den Kollegen verargt, daß sie in der Versammlung gesagt haben:

„in Düren herrsche bei manchen Arbeitgebern vielfach die veraltete Anschauung, sie seien berechtigt, ihren Arbeitern in deren Privatleben Vorschriften zu machen, Rechenschaft von ihnen über alles, was sie außerhalb des Betriebes tun, zu verlangen und sie wie kleine Kinder zu beaufsichtigen.“

Was denn die Firma Schleicher und Schüll veranlaßt, als Drachentöter auf den Plan zu treten, ist nicht ersichtlich. Die Versammlungen haben sich doch nicht mit den Verhältnissen von Schleicher und Schüll befaßt, sondern mit denen von der Firma Deutgen. Außerdem wurde von „manchen“ Firmen, nicht von allen Firmen gesprochen; daß sollte auch die Firma Schleicher und Schüll nicht vergessen. Daß

die Behauptung unserer Kollegen nicht grundlos ist, beweist die Entlassung unserer Kollegen, welche nichts anderes verbrochen hatten, als sich der auf einem anderen Werke beschäftigten Papierarbeiter anzuschließen, welche dem christlichen nichtgewerblichen Verbande angehörten und Differenzen dort ausgebrochen waren. Daß unsere Kollegen deshalb entlassen wurden, ist ein Beweis, daß in der Tat „manche“ Arbeitgeber in Düren den veralteten Anschauungen noch anhängen und glauben ihre Arbeiter außerhalb des Betriebes zu beaufsichtigen und ihnen Vorschriften machen zu dürfen. Also die Herren Schleicher-Schüll kämpfen gegen Windmühlen und versuchen nach obigem offene Türen einzurennen.

Dann wird in dem genannten Artikel obigen Preisblättchens weitlich losgezogen über die sogenannten christlichen Gewerkschaften und die Agitatoren unseres Verbandes, deren Agitation sich von der Sozialdemokratie nicht unterscheidet. Dann fährt das Blättchen fort:

Wer vielleicht so naiv war, diese Behauptung als unbegründet oder doch als zu weitgehend zu betrachten, wird durch das von den Gewerkschaften in der letzten Zeit beliebte Vorgehen jedenfalls eines anderen belehrt, ja direkt davon überzeugt worden sein, daß es sich dabei in Wahrheit um nichts anderes handelt als um die Vertretung genau derselben Prinzipien und Forderungen, welche der Industrie gegenüber auch die unverblümte Sozialdemokratie vertritt. Es kann in der Tat nicht mehr von einer Agitation im christlichen, sondern nur mehr von einer Hez im sozialdemokratischen Sinne gesprochen werden. Man braucht nur die Berichte über die in der letzten Zeit fast täglich abgehaltenen Versammlungen zu lesen, um klar zu erkennen, daß christliche Prinzipien mit der gewerkschaftlichen Agitation, wie sie hier betrieben wird, nichts zu tun haben, daß vielmehr immer stärker und immer unverschränkter eine Wählererei hervortritt, die auf eine vollständige Umwälzung der bestehenden industriellen Verhältnisse hinausläuft, eine Wählererei, die sich genau wie bei der Sozialdemokratie aller Mittel der Aufreizung bedient, um zum Ziele zu gelangen. Man geniert sich nicht im geringsten, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern „von oben herab“, ohne Weiteres ganz selbstherrlich einzugreifen nicht nur, sondern die Bedingungen zur Anbahnung des Friedens in brüskem Tone vorzuschreiben, Bedingungen, die bei dem Arbeitgeber geradezu das Aufheben jeder Autorität in seinem Betriebe voraussetzen; man stellt Forderungen, die zu erfüllen eine Untergrabung aller Disziplin bedeuten würde; man entblödet sich nicht, gegen Arbeitgeber, die sich das Recht des Herrn im eigenen Hause — das man bekanntlich seitens der Gewerkschaften nur mehr in einer Begrenzung anerkennen will, die dieses Recht geradezu aufhebt — wahren wollen, mit allen Mitteln der Gehässigkeit und selbst der persönlichen Verunglimpfung vorzugehen.

Geradezu lächerlich klingt es, wenn man sich seitens der Gewerkschaftsleiter als die Bringer des Friedens aufspielt. Bevor diese „Friedensboten“ ins Land kamen, war das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein ungetrübtes, heute erhebt der Unfriede sein Haupt, wo nur diese Leute erscheinen. — Was wird das Ende sein! — Wenn die Leiter der sogenannten christlichen Gewerkschaften des Glaubens sind, die Arbeitgeber unseres Industriebezirks würden sich unter ihr Joch beugen, sie würden neben sich selbst noch einen anderen oder irgend eine „Organisation“ als Herrn im Betriebe anerkennen, so befinden sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Soviel wir die Industrie Dürens und seiner Umgebung kennen, wird sie wie bisher so auch in Zukunft sich jede Einmischung in ihre Rechte aufs entschiedenste verbitten und auch in Zukunft nicht dulden, daß zwischen sie und die Arbeiter fremde Elemente treten. Das mögen sich die Leute merken, die heute mit allen Mitteln der Aufreizung einen Keil zwischen Arbeiterschaft und Industrie treiben wollen! Und die Arbeiter mögen bedenken, daß, wenn die von der Leitung der Gewerkschaften geschürte Verhetzung Folgen haben wird, diese für diejenigen unter ihnen, die sich verhegen lassen, nur die ungünstigsten sein können! Sollten aber Arbeiter, die sich verleiten lassen, an den Aufreizungen der sogenannten christlichen Gewerkschaften sich zu beteiligen, solche Folgen erfahren, so mögen sie und ihre Familien die Schuld denen aufzählen, die sie verleitet haben, nicht aber

etwa denjenigen, welche die Autorität in ihren Betrieben aufrecht erhalten wollen, ohne welche ein für alle Teile fruchtbares Arbeiten zur Unmöglichkeit wird.

Soweit der Artikelschreiber von Düren, der unfere Erachtens wohl als Schrittmacher der Arbeitgeber in Düren zu gelten hat. Wie war es doch so schön und herrlich, ehe diese „Friedensboten“ ins Land kamen und wie schön war das „ungetrübte“ Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ja, ja, wir verstehen den ganzen Jammer des sogenannten amtlichen Kreisblattes und seiner Hintermänner zu würdigen.

Wie war es so schön im gesegneten Düren Lande, wie ließen sich die geduldigen christlichen Arbeiter ausbeuten bis aufs Mark der Knochen für lumpige Pfennige, dabei „erstarben sie „devotest“ vor ihren Wohlthätern“, die so gnädig waren, sich herbeizulassen, sie für wenig Lohn zu beschäftigen. Daß alles ist jetzt anders geworden, seitdem die Hezer „dieser sogenannten christlichen Gewerkschaften“ hier im Lande eingezogen. — Und das wollen noch christliche Arbeiter sein? „die dieselben Rechte“, „die dieselben Prinzipien und Forderungen“, welcher der Industrie gegenüber auch die unverblümte Sozialdemokratie vertritt.“ — — Es ist schrecklich — — Leider können wir den Herren in Düren den Schmerz nicht ersparen, zu erklären: daß wir christliche Arbeiter „der Industrie gegenüber“ genau so gut unser Recht vertreten, genau so gut einen gerechten Lohn eine menschenwürdige Behandlung und gesunde Verhältnisse verlangen.

Mit dieser Tatsache hat sich „die Industrie“ überall, auch in Düren abzufinden. Daß die Sozialdemokraten außer diesem noch etwas mehr wollen, scheinen die guten Leute in Düren noch nicht zu wissen; darüber wollen wir mit ihnen auch nicht rechten.

Es sei noch hervorgehoben, daß Düren bis jetzt den zweifelhaften Ruhm genöß, verhältnismäßig die meisten Millionäre zu haben unter allen Städten Deutschlands, dagegen die verhältnismäßig schlecht bezahltesten Arbeiter. Das besagt mehr als in dem längsten Artikel ausgesprochen werden kann. Diese „christliche Hezer“ werden also weiter ihre Mission erfüllen, gleichgültig, ob sie geliebt oder gehaßt werden. Auch in Düren und Umgebung wird es dämmern mit oder ohne die Scharfmacher; wenn heute nicht, dann später.

Stolberg.

Stolberg (Mhld). Wie schon kurz berichtet wurde, befinden sich die Packer der Firma W. Brym seit dem 7. Juli im Streik. Jahre lang mußten diese Kollegen sich gefallen lassen, daß ihre Bitte auf Lohnerhöhung mit einer Vertröstung auf später beantwortet wurde. Nachdem nun durch unsern Verband der Organisationsgedanke bei denselben geweckt, versuchten sie durch eine Kommission auf Verbesserung ihrer Lage hinzuwirken. Der Arbeitgeber aber glaubte auch dieses Mal auf die Organisationslosigkeit seiner Leute rechnen zu dürfen und vertröstete sie wieder. Hierauf beschloßen die Kollegen, die Arbeit zu kündigen, in dem guten Glauben, es würden sich keine Streikbrecher finden und folgedessen wäre der Prinzipal gezwungen, ihren Wünschen Rechnung zu tragen. Dieser Schritt war für die Stolberger Arbeiterschaft ein bedeutendes Ereignis, denn zu hunderten strömten dieselben der Organisation zu. Wäre dieser Entschluß früher gereift worden, dann hätten sich gewiß nicht die notwendigen Streikbrecher, um den Fabrikanten aus der Verlegenheit zu helfen. Für alle Arbeiter aber hat der Streik bis jetzt schon Erfolge gezeitigt, indem Verbesserungen und Lohnerhöhungen, ja sogar ein Arbeiterausschuß eingeführt worden. Auch schien es, als wäre der Arbeitgeber bereit, den Streikenden ihr Recht zu geben und die Angelegenheit friedlich beizulegen.

Herr Aug. Brym selbst bestätigte, daß der Lohn der Packer zu gering gewesen sei, auch Klang aus seinem ganzen Verhalten und Benehmen heraus, daß die Maßnahmen unserer Kollegen seinen selbst herrlichen Sinn geändert hatten. Aber die von ihm selbst als gerecht bezeichneten Forderungen zu bewilligen und die Packer wieder einzustellen, wird anscheinend von Seiten der ihn im Rücken stehenden Scharfmacher hintertrieben.

In einer Vermittlungsunterredung durch Herrn Reichstagsabgeordneten Macken versprach Herr Aug. Brym ehrenwärtlich, die ausländigen Packer wieder einzustellen und ihren Lohn zu erhöhen; falls einige

nicht gleich eingestellt werden könnten, sollte die aber baldigst geschehen.

Nach drei Tagen wurde den Arbeitern aber Antwort zu teil: Es werden drei Mann gleich eingestellt und die Löhne um 20 Pfg. pro Tag erhöht, die übrigen stelle ich ein wenn Platz vorhanden. Diese Antwort klingt wie Spott, denn erst ein Besprechen geben, alle werden wieder eingestellt, wenn auch einige noch etwas warten müssen, denn von 20 Arbeitern „drei“ einstellen wollen, das nennt man ein Ehrenwort halten. Die Arbeiter lehnten diese Anerbieten mit Recht ab.

Also, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen von Stolberg und Umgegend, zieht aus dieser Angelegenheit die Lehre, daß nur durch eine gut und stark organisierte Arbeiterschaft in solchen Betrieben eine Verbesserung zu erreichen ist. Sorgt dafür, daß als bis zum letzten Mann dem christl.-soz. Metallarbeiterverbande beitreten, damit in Zukunft sich kein Streikbrecher mehr finden, welche ihren Mitarbeiter im Rücken fallen und dadurch die Erfolge zu vereiteln suchen. Nur durch gutgeschulte und in der Organisation feststehende Arbeiter kann in Zukunft etwas erreicht werden.

Darum nach der Devise: „Einigkeit macht stark“ hinein in den christl.-soz. Metallarbeiterverband.

W.

Streiks und Lohnbewegungen.

Stolberg. Bei der Firma William Brym für sämtliche Packer wegen Lohnforderungen in Streik getreten.

Machen. Bei der Firma Mores sind Differenzen ausgebrochen.

Brühl. Bei der Firma Kievernagel Differenzen ausgebrochen.

Brilon. Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Cleve. Die Schlosser und Schmiede sind in einer Lohnbewegung eingetreten.

Fürth. Aussperrung der Schläger.

Körbe in Lohnbewegung eingetreten.

Soven bei Düren. Bei der Firma Deutgen, Fabrik wurden 4 Kollegen, Vorstandsmitglieder unsere Verbandes entlassen, worauf sämtliche übrigen Kollegen 40 Mann die Arbeit niederlegten. Der Kampf richtete sich gegen die Organisation.

Pforzheim. Wegen Lohnforderungen sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallschleifern fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Kollegen! Unterstützt eure im Kampfe stehende Kollegen, steure jeder wöchentlich ein Scherlein bei der Sieg der Kollegen ist auch euer Sieg. Eintracht Alle und Alle für Einen. Hoch die Solidarität.

Anträge zur Generalversammlung.

Amberg. 1. Das Verbandsorgan soll wöchentlich erscheinen.

2. Für Bayern soll ein Sekretär angestellt werden.

3. Jungen Mitgliedern (unter 18 Jahren) mit geringen Löhnen ist nur die Hälfte der Beiträge entrichtet zu lassen. Die Unterstützungen reduzieren sich damit auf die Hälfte. Die Wahl der Beitragsklasse soll jedem frei stehen.

Mugsburg. Mitglieder, welche bei ihrer Abreise die Abmeldung unterlassen, können keine Reiseunterstützung erhalten.

Frankfurt. 1. Das Organ wöchentlich. 2. Anstellung eines Sekretärs für Mittel-Deutschland mit dem Sitze in Frankfurt.

Freising. 1. Die Beiträge zu erhöhen. 2. Hinzuzuwirken auf einen 10stündigen maximalen Arbeitstag.

Gütersbach. Gewährung von Sterbegeld für Frauen der Mitglieder.

Sumb.-Kolonie. 1. Wöchentliches Erscheinen des Verbandsorgans. 2. Bei der Aufnahme ist nebst 50 Pfg. Einschreibegeld 1 Wochenbeitrag zu zahlen. (geschloß heute schon, d. Neb.)

München. 1. Das Verbandsorgan möge wöchentlich erscheinen, dasselbe ist von der Zentrale je nach Bedarf aufzubewahren, in Umschlägen zu binden und jährlich den Ortsgruppen zuzusenden.

2. Jugendliche Arbeiter der Metallbranche können bis zum 18. Lebensjahr zum halben Beitrag aufgenommen werden, sie erhalten Unterstützung wie weibliche Mitglieder. Mit dem 18. Jahre treten sie als volljährige Mitglieder ein.

3. Solche Kollegen, welche über zehn Jahre in einem Betriebe beschäftigt sind, das 50. Lebensjahr überschritten, können zu halbem Beitrag die Mitgliedschaft erwerben mit voller Sterbeunterstützung.

Offenbach. 1. Das Organ wie seit her alle 14 Tage erscheinen. 2. Da in absehbarer Zeit eine Kraft für Mittel-Deutschland nach den jetzigen Verhältnissen nicht freigestellt werden kann, möge die Generalversammlung einen Kollegen von Mitteldeutschland in den Zentralvorstand wählen.

Ratingen. Die Beiträge zu erhöhen auf 35 Pfg. und die Extramarken fallen lassen. Ferner Umzugskosten für verheiratete Mitglieder zu gewähren, die Höhe derselben bleibt der Zentrale überlassen. Das Verbandsorgan soll wie bisher alle 14 Tage erscheinen.

Schwabing. 1. Mitglieder anderer Organisationen werden als Vollberechtigte aufgenommen, wenn dieselben vor Austritt den Verpflichtungen ihrer früheren Organisation voll und ganz nachgekommen sind. Mehr wie 1 Jahr Mitgliedsrecht wird jedoch von anderen Organisationen übergetretenen nicht angerechnet.

2. Die Generalversammlung möge beschließen, daß Mitglieder über 50 Jahre nur 20 Pfg. Beitrag zu zahlen brauchen, dafür fällt die Reiseunterstützung weg. Die Arbeitslosenunterstützung soll erst mit dem 4. Mitgliedsjahre beginnen.

3. Die Zahlstelle Schwabing richtet an die Generalversammlung das Ersuchen, zur Freistellung einer agitatorischen Kraft 1200 Mark Zuschuß zu gewähren, mit dem Sitz in München. Die weiteren Kosten bestreiten die südbayerischen Zahlstellen.

Stolberg. Den Titel des Verbandes zu ändern in: „Zentralverband Christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie Deutschlands.“

Trieberg. Organ möge wöchentlich erscheinen.

Velbert. 1. Den Wochenbeitrag auf 35 Pfg. zu erhöhen unter Wegfall der Delegierten- und Reservemerkmalen.

2. Das Organ möge wie seit her alle 14 Tage erscheinen.

3. Auf 300 Mitglieder einen Delegierten zu wählen.

4. Streikunterstützung vom ersten Tage an gewähren.

5. Den örtlichen Verwaltungsstellen statt 15 — 20 Prozent zu gewähren.

6. Für das bergische Land einen Gewerkschaftssekretär freizustellen.

Vöbeck. 1. § 3 f. Rechtschutz auch auf Unfall und Invalidität ausdehnen. g. Umzugsunterstützung zu gewähren.

2. Den wöchentlichen Beitrag auf 40 Pfg. zu erhöhen, dafür aber die Lokal-, Reserve- und Delegiertenmarken fortlassen zu lassen.

3. § 6, Absatz 3 fortfallen zu lassen.

4. § 8. Unterstützung bei Maßregelung mit Streikerglement zu vereinbaren.

5. Streikerglement, Absatz 5. In Ausständen und Aussperrungen befindliche Mitglieder haben die übertragenen Verpflichtungen unweigerlich zu erfüllen. Absatz 6. Die Unterstützung bei Streiks für Kinder auf 5 zu beschränken. 7 III Streikunterstützung vom 1. Tage an zahlen.

6. § 18 II. Den Absatz 2 bei Wiederwahl, betr. Genehmigung und Unterschrift des Verbandsvorsitzenden über dessen Stellvertreter, ob ihre Abrechnung vom vorherigen Viertel-Jahr richtig ist, möge fortfallen.

Willingen. 1. Organ wöchentlich erscheinen.

2. Verheirateten Kollegen Umzugsentschädigung gewähren.

3. Befreiung der Beitragsleistung bei militärischen Dienstleistungen.

4. Gewährung von Sterbegeld für Frauen der Mitglieder.

Zur General-Versammlung

Aachen. Wolfs gewählt.

Barmen. Blau gewählt.

Cuxen. Michael gewählt.

Freiburg. 24. Bezirk. Kollosrath gewählt.

Glabbach. Arx gewählt.

Aachen. Schmitz gewählt.

Hamburg. Kollege Kurz gewählt.

Humb.-Kolonie. 14. Bezirk. Nitzersfeld gewählt.

Hierlohn. Heinrich Druscher gewählt.

Köln. 15. Bezirk. Scharmükel gewählt.

Laar. Hahn gewählt.

Lippstadt. Kollege Protz gewählt.

Menden. 5. Bezirk. Hamer gewählt.

Osnabrück. Leupke Gildesheim als Delegierter gewählt.

Mülheim a. Rh. Kollege Ruckbaum — Poll als Delegierter gewählt.

München. Reitz wurde gewählt.

Nürnberg. Kollege Braun gewählt.

Offenbach. 19. Bezirk. Scherrer gewählt.

Würzelen. Ruff gewählt.

Versammlungs-Berichte.

Gelsenkirchen. Am 22. Juli fand im Jugendhaag'schen Saale eine öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche das hiesige christliche Gewerkschaftskartell auf Veranlassung des Ortsverbandes christlicher Metallarbeiter einberufen hatte. Um 1/29 Uhr eröffnete der Kartellvorsitzende Herr Walter die Versammlung. Er wies zunächst darauf hin, daß die heutige wirtschaftliche und politische Lage das Zusammengehen aller auf christlichem Boden stehenden Arbeiter erfordere. Alsdann erhielt das Wort der Generalsekretär der evangelischen Arbeitervereine, Herr Behrens-Berlin zu seinem Vortrag über das Thema: Warum sollen sich die evang. Arbeiter der christlichen Gewerkschaftsbewegung anschließen? Herr Behrens führte unter anderem folgendes aus:

Auf dem Kongress in Essen, dessen fruchtbare Tätigkeit wir soeben hinter uns haben, ist der beste Beweis erbracht worden, daß die Einwendungen, die von engkonfessionell stehenden Arbeitern aus beiden Lagern, namentlich aus evangelischem Lager erhoben werden, hinsichtlich zwischen evangelischen und katholischen Vertretern der Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen. Vielmehr konnte man aus allen Reden, von allen Rednern den Grundsatz hören: „Ich spreche hier als christlich-nationaler Arbeiter.“ Das Konfessionelle braucht im täglichen Leben nicht fortgesetzt in Erscheinung zu treten, ganz bestimmt braucht es aber in Gewerkschaften nicht zum Ausdruck zu kommen. Aufgabe der Gewerkschaften ist die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Des Weiteren zeigt Redner an einigen Beispielen die Notwendigkeit, daß Lohn, Arbeitszeit und Behandlung mit dem Fortschritt der Technik in Einklang bleiben. Der einzelne Arbeiter sei machtlos, dieses zu bewerkstelligen; deshalb müssen die Arbeiter sich in Gewerkschaften zusammenschließen. Deutschland habe 13 Millionen Lohnarbeiter. Das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes sei aber zum großen Teil auf der Arbeiterschaft begründet. Die Arbeiter hätten aber durchaus ein Interesse daran, daß unser Vaterland im Rate der Völker stark und machtvoll dastehe. An Rußland könne man sehen, daß der Kulturstand eines Volkes nicht von den oberen Zehntausend, sondern von den unteren Volkschichten bestimmt werde. Dort seien mindestens eben soviel Millionäre, Gebildete und Künstler wie in Deutschland und trotzdem stehe es kulturell weit unter diesem.

Referent führt die Gesetzgebung, namentlich die Arbeiterschutzgesetze an, die der einzelne nicht kennen könne, da müssen die Gewerkschaften helfen. Durch diese werde uns die soziale Gesetzgebung zugeführt. Die Regierung sei in letzter Zeit dazu übergegangen, die Gewerkschaftsführer nach ihrer Meinung zu fragen. Je weiter die Gewerkschaften ruhig verständnisvoll vorgehen, desto mehr werde sich auch der Staat derselben bedienen. Ferner sei es Pflicht der Gewerkschaften, das Unterstützungswesen, namentlich die Arbeitslosenversicherung weiter auszubauen. Weil wir aber keine neutrale Gewerkschaften haben, deshalb wären Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, die unsere Gesinnungen als christlich-nationalen Männern entsprächen. Die freie Gewerkschaften haben ihr Programm mit dem der Sozialdemokratie verwickelt. Wir seien nicht bloß Arbeiter, sondern Mensch- und Staatsbürger. Wenn wir den Staat und die heutige Gesellschaftsordnung anerkennen, dann müssen wir auch auf gesetzlichen Boden unsere Lage verbessern. Auf der einen Seite stehen nun die Arbeiter mit dem Grundsatz der marxistischen Weltanschauung: Teile und herrsche; auf der anderen Seite die christliche Arbeiterschaft. Diese beiden Anschauungen ständen sich gegenüber wie Feuer und Wasser und die Kluft sei unüberbrückbar. Als christlich-nationale Arbeiter wissen wir auch, daß man uns Rechte vorbehalte, und daß unsere heutige Gesellschaftsordnung Mängel habe, aber wir wollen uns die Rechte erkämpfen und die Mängel beseitigen helfen. Wir wollen die Gerechtigkeit wieder erlangen, die man uns vorenthalten hat. Um dieses zu erreichen, müssen wir als evangelische und katholische Arbeiter zusammenstehen. Zwar sind zwischen beide Konfessionen Gegensätze, diese haben aber mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun. Die freien Gewerkschaftler hegen die Konfessionen nach dem hier vor genanntem Grundsatz: Teile und herrsche.

Wir christliche Männer müssen dem energisch entgegenreten. Von 13 Millionen Arbeiter sind 7 Millionen Industriearbeiter, hiervon sind noch ungefähr 5 1/2 Mill. nicht organisiert. Ein reiches Arbeitsfeld für die christlichen Gewerkschaften. Diese nicht organisierten Arbeiter sind Hauptschuld daran, daß die christlichen Gewerkschaften so wenig für die Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage tun können. Viele Arbeiter glauben, wenn sie einem konfessionellen Arbeiterverein angehören, dann haben sie genug getan. Dem ist aber nicht so. Berufsangelegenheiten können nicht in konfessionellen Arbeitervereinen, sondern nur in Gewerkschaften ausgefochten werden.

Herr Behrens richtet einen warmen Apell an die evangelischen Arbeiter, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Er selbst sei seit Jahren in evangelischen Arbeitervereinen tätig und er hält diese für ein wertvolles Gebilde, aber sie könnten doch die christlichen Gewerkschaften nicht ersetzen. Der christl. nationalgesinnte Arbeiter gehöre zunächst in die christl. Gewerkschaften und dann in einen konfessionellen Arbeiterverein. Redner bedauert, daß gerade hier im Industriebezirk noch so viele evangelische Arbeiter abseits von den christlichen Gewerkschaften stehen. Mit der Aufforderung, tüchtig für den Eintritt der Nichtorganisierten in die christliche Gewerkschaft zu agitieren, schloß Herr Behrens seine Ausführungen. Reichler Vorfall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag.

In der darauffolgenden Diskussion erhielt zuerst das Wort Herr Lange, Bezirksleiter der Hirschdunkerschen. Er erkennt die Ausführungen des Referenten als voll und ganz berechtigt an und weist darauf hin, wie die freien Gewerkschaften die Arbeiter zersplittern. Weil nun die hiesigen Verhältnisse für die Arbeiter so sehr der Aufbesserung bedürfen, deshalb fordert er die christlichen Gewerkschaften auf, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Vom Vorsitzenden Walter, so wie von folgenden Diskussionsrednern, Kollege Kloft aus Essen wird Herr Lange darauf hingewiesen, wie die Hirsch Dunkerschen beim Frankfurter Kongress und bei der hiesigen Gewerbegerichtswahl zum Mitarbeiten aufgefordert worden, sie hätten es aber abgelehnt. Sie möchten erst mal zeigen, ob sie national oder sozialdemokratisch seien, dann wäre ein Zusammenarbeiten vielleicht möglich. Kollege Kloft weist des weiteren darauf hin, wie man den Arbeiter noch als kulturell rückständig behandle und wie der Arbeiter noch lange nicht genug an den Kulturfortschritten partizipiere. Redner führt dann noch die verschiedenen Gegner und Schwierigkeiten an, mit denen die christlichen Gewerkschaften zu rechnen hätten, und wie diese trotzdem immer stärker würden.

In seinem Schlußwort betont Herr Behrens auch, daß die Hirsch Dunkerschen sich später entweder für die christlichen oder sozialdemokr. Gewerkschaften entscheiden mußten.

Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Lokale des Herrn Jugendhaag stattfindende Gewerkschaftsversammlung erklärt sich vollständig mit den Ausführungen des Herrn Behrens, Berlin einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß zur kulturellen Hebung des Arbeiterstandes, in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, namentlich die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, das einmütige Zusammengehen aller christlich-nationalen Arbeiter beider Konfessionen notwendig ist. Darum fordert Versammlung alle evangelischen und katholischen Arbeiter auf, sich unverzüglich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, da diese nur allein im Stande sind, den Arbeiterstand dauernd zu heben. Versammlung verspricht, mit aller Kraft für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten und die gewerkschaftlichen Ziele zu fördern.“

Um 11 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen. Mögen sie nun den Erfolg haben, die evangelischen Arbeiter unseres Bezirks zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften zu bewegen.

Wien. In unserer letzten Versammlung wurde Ersatzwahl für den 2. Vorsitzenden vorgenommen und wurde Kollege Beckmann gewählt. Des ferneren konnte der Kassierer die freudige Mitteilung machen, daß zur Beschaffung einer Bibliothek zirka 50 Mark vorhanden sind, welches allseitig freudig begrüßt wurde. Hoffentlich bemühen sich die Kollegen aber auch, die Bibliothek fleißig zu benutzen, damit das angelegte Geld auch reichliche geistige Früchte bringen kann. Kollegen bedenkt, Wissen ist Macht; nur dadurch werden wir in den Stand gesetzt, langsam aber sicher emporzusteigen aus den Tiefen, in welcher wir uns befinden.

Versammlungs-Anzeiger.

Freiburg. Die ordentliche Versammlung am 2. Juli wurde vom Vorsitzenden mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. definitive Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung; 2. Anträge zu derselben; 3. Einzahlen der Beiträge und Neuannahmen; 4. Verschiedenes. Nach Erledigung des Protokolls gelangt die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. Die Wahl erfolgt mittelst Stimmzettel und es wurde mit großer Mehrheit Kollege Kollosfrath gewählt. Anträge zur Generalversammlung sind: 1. die Generalversammlung möge beschließen, für Württemberg, Baden, Rheinpfalz sei ein Beamter freizustellen; 2. die Generalversammlung möge in Erwägung ziehen, jetzt schon ein Kartellverhältnis mit dem österreichischen Bruderverband abzuschließen; 3. Aenderung des Statuts: den Ortskassen verbleiben 20 Prozent der Einnahmen; 4. das Zahlstellenverzeichnis sei im Mitgliedsbuche anzubringen mit einigen Blatt weißem Papier, um neu gegründete Zahlstellen nachtragen zu können.

Nach Einzahlung der Beiträge und zwei Neuannahmen gelangte unter Verschiedenes die Hausagitation zur Sprache. Auf Aufforderung des Agitationsleiters meldeten sich eine Anzahl Kollegen bereit, diese zu übernehmen. Nach Erledigung des Fragelasten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

St. Georgen. Am 16. Juli fand hier nach längerer Unterbrechung eine öffentliche Versammlung statt, welche den Verhältnissen entsprechend, gut besucht war. Als Referent war Kollege Krüger aus Freiburg erschienen, welcher die Notwendigkeit der Organisation gerade für die Schwarzwälder Industriebezirke darlegte. Die Ausführungen fanden allseitige Anerkennung und es ist zu erwarten, daß die hiesigen Kollegen viel mehr Interesse für Organisation zeigen, denn nur dadurch wird es sich ermöglichen lassen, unsere wirtschaftliche Lage zu heben.

Lippstadt. Die am Sonnabend, den 23. vor. Mts. abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich seit langem mal wieder eines sehr guten Besuchs. Wichtige Punkte standen auf der Tagesordnung. Unser bisheriger Vorsitzender Kollege Kieheuer hatte sein Amt plötzlich niedergelegt und so wurde zu dessen Nachfolger unser Kollege Prott mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Als Delegierter zum hiesigen christl. Ortskartell wählte Versammlung per Akklamation den Kollegen Stork. Zum Punkt 5 der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zur General-Versammlung nach Offenbach, wurde Kollege Prott einstimmig gewählt. (Das Resultat der Wahl aus den Ortsgruppen unseres Bezirks liegt noch nicht vor.) Sodann wurden folgende Anträge zur General-Versammlung einstimmig angenommen: 1. Das bisherige Wahlsystem muß geändert werden. 2. Jedes Jahr eine General-Versammlung abzuhalten. 3. Die nächste Generalversammlung in Lippstadt abzuhalten. Nach Erledigung dieser Sachen wurde die Versammlung sodann in der üblichen Weise geschlossen.

Rheinbrohl. Am 16. Juli fand unsere Versammlung statt, zu welcher Kollege Döring aus Köln erschienen war. Es wurde zunächst der Vorstand ergänzt und zwar wurde zum ersten Vorsitzenden Franz Hönber, zum zweiten Ignaz Lorenz, als Schriftführer Peter Emmerich, als Beisitzer die Kollegen Severin Krust und H. Waldhof gewählt. Als Kassierer wurde der seitherige, Kollege H. Kreuzberg, wiedergewählt. Kollege Döring wies darauf hin, daß nur, wenn der gesamte Vorstand voll und ganz seine Pflicht tut, eine Gewerkschaft vorwärts komme und Früchte für die Besserung der Arbeiter erreichen könne. Beschlossen wurde baldigt eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tagen Samstags abends 1/2 9 Uhr im Winterverein statt.

Triberg. Unsere auf Samstag, den 23. Juli einberufene Versammlung war nur schwach besucht. Wir sind sonst gewöhnt, gut besuchte Versammlungen zu haben. Auch diesmal hatte man einen starken Besuch erwarten dürfen, da mit dieser Versammlung zugleich die ordentliche Generalversammlung unserer Krankengeld-Zuschußkasse verbunden war. Zunächst nahm man die Wahl des Delegierten vor zur Generalversammlung des Verbandes. Es wurde von unserer Zahlstelle Ausschußmitglied Josef Fahrenbach gewählt. Eine Ortsgruppe unseres Wahlbezirks steht mit dieser Wahl noch aus, doch die Wahl des Josef Fahrenbach als Delegierter ist gesichert. Weiter wurden einzelne Anträge besprochen,

die andere Zahlstellen zur Generalversammlung gestellt haben. Sodann erstattete Kassierer und Schriftführer Hirt den Jahres- und Kassenbericht der Krankenkasse. Derselbe wurde von den Kollegen mit Befriedigung aufgenommen. Die Einnahme des letzten Jahres betragen an Beiträgen 237.35 Mk., Nebeneinnahmen hatten wir 176.05 Mk., somit eine Gesamteinnahme von 413.40 Mk. Krankengeld wurde 160.60 Mk. ausbezahlt, es blieb somit ein Kassenrest von 252.80 Mk. Dazu kommt ein Kassenbestand vom 1. Juli vorigen Jahres von 132.75 Mk., so daß sich das Vermögen unserer Kasse auf 385.55 Mark beläuft. In der darauffolgenden Diskussion wurde eine kleine Verbesserung der Kasse vorgenommen. Im übrigen gestaltete sich die Versammlung als eine sehr anregende, sodaß diejenigen Kollegen, die in dieser Versammlung gefehlt haben, es zu bereuen haben.

Altenessen. Am 31. Juli, vormittags 11 Uhr, fand im Lokale Wwe. Esser, Hammerstraße, unsere monatliche Mitgliederversammlung statt. Dieselbe wurde gegen 1/2 12 Uhr vom Vorsitzenden Kollege Heidenbluth eröffnet. Nachdem derselbe die Tagesordnung bekannt gegeben, schritt man zur Wahl eines zweiten Vorsitzenden, da Kollege Heidenbluth wegen Nachtschicht verhindert ist, in der nächsten Zeit die Versammlung zu leiten. Kollege Schuy ging als einstimmig Gewählter aus derselben hervor. Mit kurzen herzlichen Worten dankte derselbe für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach seine ganze Kraft für den Verband einzusetzen und dem 1. Vorsitzenden, Kollege Heidenbluth, ein treuer Helfer zu sein, auf den er sich stets verlassen könne. Darnach gab Kollege Heidenbluth einen kurzen Bericht über das Resultat der Wahl des Bezirksleiters und des Delegierten zur Generalversammlung in Offenbach und sprach die Hoffnung aus, daß es dem neuen Bezirksleiter Kollege Hirtfelder gelingen möge, erfolgreich für den Verband zu wirken. Etwaige Beschwerden möge man dem Koll. Hirtfelder vortragen, die dann auch sicher abgestellt würden. Dann ging er über zu seinem Vortrag: „Die Pflichten eines christlichen Gewerkschaftlers.“ In dreiviertelstündiger klarschaunder Rede führte er dieselben den Mitgliedern vor Augen und wurde ihm dafür reichlicher Beifall zu teil.

Nachdem dann in der Diskussion noch einzelne Kollegen gesprochen, nahm Koll. Schuy das Wort, um auf die große Wichtigkeit der steten unermüdbaren Agitation von Mund zu Mund hinzuweisen.

Hierauf schloß der Vorsitzende nach kurzer Ermahnung, doch ja rege und fleißig die Versammlungen zu besuchen und in der Agitation nicht zu erlahmen, die so anregend verlaufene Versammlung mit den Worten: Gott segne die christliche Arbeit.

Und nun noch ein ernstes Wort an unsere noch außenstehenden Kollegen von Altenessen: Wie lange wollt ihr uns allein den schweren Kampf zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage ausfechten lassen? Sind denn wirklich die Verhältnisse bei den Altenessener Firmen, wie: Stern, Mega zur Nieden, Stolle und noch Andere, so rosig, daß ihr keine Gewerkschaft nötig zu haben glaubt? Was uns bis jetzt darüber zu Ohren gekommen ist, lautet wesentlich anders. Darnach bestehen dort schwere Mißstände, sowohl in sanitärer wie auch in pekuniärer Hinsicht. Nun wohl, wenn dem so ist, so zieht doch endlich einmal die Konsequenzen daraus. Bedenkt doch nur: „Jeder Einzelne von uns ist ein Nichts, eine Null dem Unternehmer gegenüber; aber vereint sind wir eine Macht mit der selbst der mächtigste Geldsack rechnen muß.“

Darum endlich aufgewacht, herunter mit der Schlafmütze. Von heute ab muß die Parole lauten: Wir wollen mit in die Reihen unserer kämpfenden Kollegen eintreten. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, dann wird auch für euch die Zeit nicht mehr fern sein, wo ihr sagen könnt: es ist besser geworden, wir haben jetzt ein menschenwürdiges Dasein errungen.

Briefkasten.

Eine ganze Reihe

Berichte mußten Rummangels wegen und sie zu spät eintrafen, zurückgestellt werden.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in den Versammlungen zu erscheinen, für den Verband zu agitieren, neue Mitglieder anzuwerben.

Die Adresse der Hauptkasse ist: Barthel, Rentmeister a. Duisburg, Realschulstraße 1. An denselben sind Gelder und rechnungen einzuliefern.

Nachen II. Jeden ersten Montag, abends 8 Uhr, jeden 4. Sonntag, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Ring Adalbertsteinweg 114.

Muggsb. G. Unsere ständigen Versammlungslokale sind die Stadt Goldener Engel, Frauentorstraße; dort ist auch Sonntagstreffpunkt jeden Sonntag von 10 Uhr ab. Für D. hausen Gastwirtschaft zum Himmel. — Die Adresse unseres ständigen lautet Joh. Negele, E. 91.

Altenessen. Unsere Versammlungen finden bis auf Weiteres an jedem Montag nach dem 4. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr im Lokale Ww. Esser, Hammerstraße statt.

Amern, St. Anton. Sonntag, den 21. August, nach 5 1/2 Uhr bei von der Velben Versammlung.

Berlin. Jeden 2. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20. Jeden letzten Sonnabend im Monat Vertrauensmänner- und Krankenkassenversammlung, Niederwallstraße 32. — In Ober-Schönower jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr bei Kottl. Replerstraße 1. — Unterstützungen zahlt aus Kollege Wwe. Solmsstraße 2 IV, vorn, von 1/2 9—1/2 9 Uhr abends.

Bremen. Unser Versammlungslokal ist Eichenhof, Klosterstraße 2—5.

Borbeck-Schönebeck. Sonntag, den 21. August, morgens 11 Uhr bei Hausmann, Effenbergerstraße Versammlung. Wohlige Erscheinung notwendig.

Bochum. Samstag, den 18. August Versammlung Christlichen Gewerkschaftshaus. Vortrag des Kollegen Giffel Ruhrort.

Sonntag, den 14. August, nachm. 5 Uhr große öffentliche Versammlung auf dem Schützenhofe. Referenten Herrn Behre Berlin und Herr Becker-Fagen.

Bocholt. Sonntag, den 21. August Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Danzig. Freitag, den 12. August, abends 8 Uhr Versammlung im Hofshause.

Duisburg. Sonntag, den 14. August, morgens 11 Uhr außerordentliche Versammlung bei Montendruck, Friedr.-Wilhelms-Platz. Referent Winter, Düsseldorf. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Düsseldorf. Unsere Versammlungen finden jeden 1. Sonntag, abends 9 Uhr, und jeden 3. Sonntag im Monat, morgens 10 Uhr, im Paulushaus, Luisenstr. 33—35, statt. Dasselbe ist mal zur Anmeldung und Beitragszahlung der Krankenkasse legendar.

Frankenthal. Sonntag, den 21. August Versammlung.

Frankfurt a. M. Sachsenheim. Unsere Versammlung finden jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr im Lokale bei Ernst, am Kurfürstenplatz Nr. 29 statt.

Freiburg. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat im Lokale Brauerei May, bei Baron, Ecke Merianstraße und Wassergasse Eingang in der Wassergasse, 2. Stock.

St. Georgen. Unsere Versammlungen finden jeweils am 1. Samstag jeden Monats statt, wozu alle Kollegen eingeladen sind.

Hamburg I. Versammlung alle 14 Tage bei Frau Heinestraße 13, St. Pauli. Reiseunterstützung zahlt aus Kassierer Kwiatkowski, wohnt jetzt Sophienallee 4a, part., Eimbüttel. Wochentags von 6 1/2—8, Sonntags von 1—8 Uhr.

Humb.-Kolonne. Sonntag, den 14. August, morg. 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Vereinslokal Guth, Wallstraße 1.

Hilden. Samstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr Vortrag.

Hüllen-Bulufe. Samstag, den 20. August, abends 8 Uhr Versammlung bei Vog. Westfalenstraße.

Kall. Samstag, den 20. August, abends 9 Uhr, Versammlung bei Schoradt. Neuwahl des Vorsitzenden. Vortrag: Regelung der Arbeitszeit.

Kiel. Sonnabend, den 13. August, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung. Doppelreihe Schwembruch Nr. 6.

Lübeck. Jeden Mittwoch nach dem ersten des Monats, abends 8 Uhr und jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr im Restaurant Hoffmann Beckergutbe 17, Versammlung. — Reiseunterstützung kann jeden Abend, außer Sonntags, beim Kassierer Westfäl. Ziegelstraße 19, in Emp angenommen werden.

Mannheim. Alle 14 Tage Versammlung in der „Wald am Rhein“, abends 1/2 9 Uhr. — Wanderunterstützung zahlt Friedr. Beckstraße 16, im Jungbusch.

Meiderich. Am dritten Sonntag im Monat, abends 6 Uhr Monatsversammlung bei Wirt Hafertamp, Kaiserstr. Jeden Samstag, abends 9 Uhr, Diskussionsklub. Wohlige Erscheinung erwartet.

Mühlheim a. Rh. Sonntag, den 21. August, morgens 10 Uhr bei Brings Versammlung.

Offenbach. Unsere Versammlungen finden regelmäßig am Mittwoch nach dem Erscheinen des Organs bei Mair, Hornstr. 10.

Ratingen. Die nächste Versammlung ist am 21. August vorm. 11 Uhr im Lokale Busch.

Ruhrort. Sonntag, den 28. August, morgens 11 Uhr bei Wilhelm Etröppchen, Harmoniestr. 59 Bezirksversammlung Tagesordnung, Bericht der Delegierten.

Schalke. Sonntag, den 21. August, nachm. 5 Uhr Versammlung im Vereinslokal beim Wirt Schliesing.

Stuttgart. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Hirsch“ vis-à-vis dem neuen Katholikenzimmer 18. Die Reiseunterstützung kann täglich von 12—1 Uhr abends von 6—7 Uhr bei Joseph Esser, Kollstraße 8, erhoben werden.

Südingen. Sonntag, den 14. August, morgens 10 1/2 Uhr Versammlung bei Flohe.

Würzburg. Unsere Ortsverwaltung hat ihre Monatsversammlung am 2. Sonntag eines jeden Monats, vormittags 10 1/2 Uhr. Lokal: Restaurant Augustiner, Oberthürgasse 5.